

Pegida im Wandel? Soziale Rekrutierung, politisches Selbstverständnis und Parteipräferenzen der Kundgebungsteilnehmer

Prof. Dr. Karl-Heinz Reuband¹

1. Einleitung

Keine andere soziale Bewegung hat in Deutschland innerhalb einer so kurzen Zeit einen derartigen Aufschwung erlebt und sich in ihrem Dauerprotest zu etablieren vermocht wie Pegida. Seit mehr als ein- einhalb Jahren versammeln sich in Dresden (nahezu) jeden Montag Tausende von Menschen, um ihren Protest kundzutun. Von den Rednern werden die Gefahren des Islams, der Flüchtlingszuwanderung und der Asylpolitik beschworen. Und auf Seiten der Teilnehmer wird einer symbolisch stark aufgeladenen Atmosphäre gehuldigt, zu der wiederholte, kollektiv vorgetragene Rufe (wie „Merkel muss weg“ oder „Lügenpresse“) wie auch das symbolträchtige Tragen von Fahnen und nationalen Emblemen gehören.

Waren es zu Beginn, am 20.10.2014, gerade mal 350 Personen, die sich zum Protest einfanden, waren es zwei Monate später bereits 17.500 und am 12.01.2015 – dem Höhepunkt der Bewegung mit der größten Zahl an Protestteilnehmern – womöglich gar bis zu 25.000.² Doch diese Hochphase war von kurzer Dauer. Interne Querelen in der Organisation des Protests und andere Einflüsse ließen die Zahl der Teilnehmer fallen: auf Werte, die zeitweise bei unter 2.000 lagen. Nicht wenige Beobachter haben gemeint, das Ende von Pegida sei bereits eingeleitet.

„Das ist der Anfang vom Ende der Pegida-Bewegung“, meinte Hajo Funke (Focus Online 28.01.2015), nachdem Lutz Bachmann – die zentrale Figur des Protests – Ende Januar 2015 wegen eines Hitler-Selfies (vorübergehend) von der Leitung zurückgetreten war. Wenig später verkündete der Spiegel, nach der Abspaltung des gemäßigeren Flügels um Kathrin Oertel: „Pegida steht vor dem Aus ... Pegida ist Geschichte“ (Spiegel Online 10.02.2015). Doch die Prognosen eines baldigen Endes erwiesen sich als

allzu optimistisch – Demonstrationen fanden weiterhin, wenn auch mit kleinerer Teilnehmerzahl, statt. Gleichwohl blieb auch weiterhin die Vorstellung bestehen, dass Pegida auf Dauer wenig Überlebenschancen hätte, weniger aufgrund interner Zersplitterung als aufgrund von Ermüdungserscheinungen. Die Aufbruchphase sei vorbei. „Heute ist Pegida vor allem eines: langweilig“, heißt es im Juli 2015 in einem Zeitungsbericht. „Es scheint niemand mehr so wirklich zu interessieren“ (Kalitz 2015).

Der vermeintliche Niedergang jedoch blieb aus: Die Teilnehmerzahlen stiegen nach einer Phase der Stagnation im Herbst 2015 wieder an und erreichten am 19.10.2015 – dem Jahrestag der Bewegung – mit 15.000 bis 20.000 fast wieder das Niveau vom Januar des Jahres. Seitdem ist die Zahl der Teilnehmer wieder gesunken und hat sich auf rund 3.000 bis 6.000 Personen eingependelt. Höhere Zahlen sind bei einzelnen Veranstaltungen mit herausgehobenem symbolischem Wert – wie am 06.02.2016 (gedacht als europaweiter Protesttag, mit 8.300 bis 9.200 Teilnehmern in Dresden) – zwar noch möglich. Aber sie sind nicht die Regel. Von einem Niedergang von Pegida ist nichts zu erkennen, aber auch von keiner kontinuierlichen Ausweitung des Protests.³

Wie stellt sich die Situation auf Seiten der Teilnehmer unter diesen Umständen dar? Die meisten Publikationen, die ausführlichere Informationen zu Pegida bieten, stützen sich auf Befragungen, die am 12. Januar 2015 – der Kundgebung mit der bislang größten Teilnehmerzahl – durchgeführt wurden (Vorländer et al. 2015, 2016, Geiges et al. 2015, Rucht et al. 2015; dazu vgl. auch Reuband 2015a). Zwei Wochen später kam es zu einer Erhebung durch Werner J. Patzelt, zwei weitere von ihm folgten im April und Mai (Patzelt 2015a, b). Letztere in einer Zeit, in der sich Pegida in einer Phase der Stagnation befand und zeitweise nicht mehr als 1.500 Personen zu mobilisieren vermochte. Seit diesem Tiefpunkt hat sich die Bewegung wieder erholt, ist die Zahl der Teilnehmer wieder gestiegen. Und damit wird auch die Frage nach dem sozialen und politischen Profil der Teilnehmer erneut aufgeworfen.

Im Folgenden soll der Frage auf der Basis einer neueren Befragung nachgegangen werden. Sie wurde von uns am 14. Dezember 2015 durchgeführt, auf der 54. Kundgebung seit Beginn der Proteste, mit zwischen 5.400 und 5.800 Teilnehmern (Durchge-

¹ Der Autor ist Professor für Soziologie (em.), Institut für Sozialwissenschaften, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf.

² Es handelt sich um Schätzungen der Polizei. Dieter Rucht und sein Team haben die Zahl auf 17.000 beziffert (Rucht et al. 2015). Seit dem 27.04.2015 bieten die sorgfältig ermittelten Schätzungen der Studentengruppe „Durchgezählt“ die beste Basis für Aussagen über Teilnehmerzahlen und deren Entwicklung. Zur angewandten Methodik siehe Pravermann und Poppe (2015) sowie Durchgezählt (2015a).

³ Eine Übersicht über die Entwicklung der Teilnehmerzahlen findet sich sowohl im Wikipedia-Eintrag zu Pegida als auch in aktuellen Zusammenstellungen der Studentengruppe „Durchgezählt“ (2015a).

zählt 2015b).⁴ Fünf Fragestellungen sollen behandelt werden: (1) Welcher Art ist die soziale Dynamik des Protests? Welche sozialen Bezüge werden aktiviert? (2) Woher kommen die Teilnehmer? Welche sozialen Merkmale sind für sie typisch? (3) Wie stufen sie sich in ihrem Selbstverständnis auf der Links-Rechts-Dimension politischer Orientierung ein? (4) Welche Änderungen haben sich in der Links-Rechts-Selbsteinstufung ergeben? (5) Welchen Stellenwert haben die etablierten Parteien und welchen die AfD? Welche Parteien werden als Wahloption betrachtet?

2. Methodisches Vorgehen

Empirische Grundlage ist eine Befragung von 331 Teilnehmern. Die Befragung erfolgte schriftlich-postalisch und weicht damit methodisch von den früheren Erhebungen ab, die face-to-face oder online durchgeführt wurden (lediglich das Göttinger Institut für Demokratieforschung setzte kurz zuvor ebenfalls einen schriftlichen Fragebogen ein, vgl. Finkbeiner et al. 2016a). Vorteil schriftlich-postalischer Erhebungen ist, dass sie im Vergleich zu face-to-face Befragungen anonym sind und man – insbesondere bei Vor-Ort Demonstrationsbefragungen – einen längeren Fragebogen einsetzen kann. Vorteil gegenüber Online-Befragungen ist, dass man auch Personen ohne Internetzugang einbeziehen kann und die Teilnehmerate üblicherweise höher ausfällt (vgl. Reuband 2014).

Angestrebt war eine systematische Randomauswahl. Der dabei präferierte Auswahlrhythmus orientierte sich an der Zahl der auszugebenden Fragebögen, der erwarteten Teilnehmerzahl und der Kooperationsrate im Verlauf der Erhebung.⁵ Positioniert waren die Interviewer (ähnlich wie bei Vorländer et al. 2015) an

den Zugangswegen zur Veranstaltung. Wie zu erwarten war, konnte das systematische Auswahlprinzip in der Praxis nur in Teilen realisiert werden. Besonders die Tatsache, dass kurz vor Beginn der Veranstaltung ein massiver Andrang der Teilnehmer stattfindet und diese z.T. in Gruppen mit eigener Dynamik auftreten, erschwerte die Einhaltung. Eine einseitige Bevorzugung spezifischer Personengruppen kann seitens der Interviewer jedoch ausgeschlossen werden.

Eingesetzt waren neun Interviewer – sechs Studenten der TU Dresden⁶, drei der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Sie alle hatten zu einem früheren Zeitpunkt eine ausführliche Interviewerschulung durchlaufen und verfügten über Erfahrungen mit der Kontaktaufnahme und Durchführung mündlicher Befragungen (die Dresdner Studenten mit face-to-face Befragungen bei Pegida, die Düsseldorfer mit bundesweiten CATI-Telefonbefragungen). Für die Kontaktaufnahme waren ihnen allgemeine Regeln und Argumentationslinien vorgegeben, aber es war jedem überlassen, diese je nach den Erfordernissen abzuwandeln und an die Situation anzupassen. Derartige flexibel gehaltene Vorgehensweisen haben sich bei der Durchführung von Bevölkerungsbefragungen als sinnvoll erwiesen (vgl. auch Snijders et al. 1999).

Der Fragebogen war zusammen mit einem Anschreiben und Rücksendeumschlag („Porto zahlt Empfänger“) in einem DIN A5 Umschlag enthalten, der mit der Aufschrift „Pegida in Dresden“ und einem Abbild der Silhouette von Dresden versehen war. Rund zwei Drittel der angesprochenen Teilnehmer nahmen den Fragebogen entgegen. Die anderen verweigerten explizit (indem sie eine Verweigerung aussprachen) oder implizit (indem sie wortlos weitergingen). Insgesamt war die Atmosphäre, auch unter den Verweigerern, entspannt. Von nennenswerten aggressiven Reaktionen gegenüber den Interviewern kann nicht gesprochen werden.⁷ Die Tatsache, dass die endgültige Entscheidung für oder gegen die Befragung auf einen späteren Zeitpunkt verlagert wurde – weil man

⁴ Die Thematik wurde nahezu zeitgleich zu unserer Untersuchung erneut aufgenommen vom Göttinger Institut für Demokratieforschung am 30.11.2015 (zwei Wochen vor unserer Befragung, dazu vgl. Finkbeiner et al. 2016a) sowie – wenig später – von Werner J. Patzelt von der TU Dresden am 25.01.2016 (vgl. Patzelt 2016; dazu vgl. auch Patzelt und Klose 2016). Eine weitere Erhebung von uns erfolgte am 06.02.2016 (Ergebnisse liegen derzeit noch nicht vor). Unsere eigenen Erhebungen wurden dankenswerterweise gefördert von der „Gesellschaft von Freunden und Förderern der Universität Düsseldorf“.

⁵ Aufgrund früherer Demonstrationsbefragungen (vgl. u.a. Rucht et al. 2015), eigenen Erfahrungen mit Publikumsbefragungen und der erwarteten Teilnehmerzahl wurde geschätzt, wie viele der kontaktierten Personen den Fragebogen annehmen und wie viele ihn auch beantworten würden. Darauf aufbauend wurden zwei Szenarien mit mittlerer und niedriger Kooperationsbereitschaft dem Auswahlmodus zugrundegelegt und den Interviewern vorgegeben, welchen Auswahlrhythmus sie in Abhängigkeit von der situativ erfahrenen Kooperationsbereitschaft wählen sollten. 810 zu verteilende Fragebögen bildeten die Ausgangsbasis der Kalkulation.

⁶ Es handelt sich um Interviewer, die bereits an früheren Erhebungen von Werner J. Patzelt teilgenommen hatten und dort auch einer umfangreichen Schulung unterzogen worden waren. Prof. Dr. Werner J. Patzelt und seinem Mitarbeiter Christian Eichardt, M.A. seien für die Unterstützung der Erhebung an dieser Stelle herzlich gedankt.

⁷ Dies gilt im Übrigen auch für unsere Folgerhebung am 06.02.2016. Demgegenüber stießen die Interviewer in der kurz zuvor durchgeführten Umfrage von Patzelt (2016) auf weniger Aufgeschlossenheit, was zum Teil der Tatsache geschuldet sein dürfte, dass es sich um eine face-to-face Befragung handelte und die Interviews auch während der Kundgebung durchgeführt wurden. In unserem Fall fiel die Kontaktaufnahme vollständig auf die Zeit vor Beginn der Veranstaltung.

den Fragebogen erst zu Hause ausfüllen musste –, erwies sich hierbei als gewichtiger Vorteil: Auch zögerliche oder eher abweisende Personen konnten so zur Annahme des Fragebogens motiviert werden.

Der von uns eingesetzte Fragebogen umfasste 11 Seiten mit Fragen und Statements zu Pegida und anderen Themen. Der Zeitaufwand für die Beantwortung dürfte durchschnittlich bei etwa einer halben Stunde gelegen haben (bei älteren Befragten sogar noch mehr).⁸ Je länger ein Fragebogen ist, je größer der Zeitaufwand, desto geringer im Allgemeinen die Rücksendequote (Reuband 2014). Umso bemerkenswerter ist es, dass 41 % der Teilnehmer, die den Fragebogen angenommen hatten, ihn auch ausgefüllt zurücksandten. Der Wert liegt sogar höher als in der Untersuchung des Göttinger Instituts für Demokratieforschung (= 33 %, vgl. Finkbeiner et al. 2016), bei der ein kürzerer – vierseitiger – Fragebogen zum Einsatz gekommen war. Dies ist ein Hinweis dafür, dass auch längere Fragebögen kürzeren Fragebögen nicht zwangsläufig unterlegen sein müssen (dazu vgl. auch Reuband 2015b: 222).

Es gibt keinen Hinweis dafür, dass sich die Pegida-Teilnehmer überproportional wissenschaftlichen Befragungen verweigern. Dies ist zwar in der Vergangenheit behauptet worden (so z.B. Rucht et al. 2015: 7, Vobruba 2015), hält aber einer näheren Prüfung nicht stand: weder im Vergleich mit methodisch ähnlichen Open-Air-Befragungen zu anderen Themen⁹ noch im Vergleich mit anderen Demonstrationsbefragungen neueren Datums (gleiche Befragungsmethodologie vorausgesetzt).¹⁰ Die Quote der Pegi-

da-Online-Befragung von Rucht et al. (2015) liegt zwar unter der zu den „Montagswachen für den Frieden“ in Berlin, ist im Vergleich zu anderen Orten jedoch höher (Daphi et al. 2014: 8). Sie liegt ebenfalls höher als in Online-Befragungen von TTIP-Demonstranten in Berlin (Finkbeiner et al. 2015b: 40).

Auch im internationalen Vergleich erweist sich die Ausschöpfungsquote unserer Pegida-Studie nicht als unterdurchschnittlich: Sie liegt innerhalb des Wertebereichs, der bei Einsatz schriftlich-postalischer Befragungen bei Demonstrationen (meist eher linker Provenienz) üblich ist. Gemessen am Durchschnittswert der vorliegenden Studien ist unser Wert sogar überdurchschnittlich hoch.¹¹ Mag es auch mitunter schwierig sein, Pegida-Teilnehmer zu befragen (vor allem wenn man mit Journalisten oder der Studentengruppe „Durchgezählt“ verwechselt wird) – mit entsprechend ausdifferenzierten Strategien und Argumenten ist es kein grundlegendes Problem. Von einer ausgeprägten Verweigerungshaltung, die Pegida von anderen sozialen Bewegungen und Protestveranstaltungen unterscheidet, kann nicht gesprochen werden: weder in der Phase der Kontaktaufnahme¹² noch der Beantwortung der Fragebögen.

3. Die soziale Dynamik des Protests

Die Kundgebung, die den Gegenstand der folgenden Analyse bildet, zeichnete sich durch den üblichen Ablauf der Pegida-Veranstaltungen aus: stattfindend an einem Montag, auf einem zentralen Platz in der Altstadt – in unserem Fall dem „Theaterplatz“ nahe der Semperoper – mit Veranstaltungsbeginn um 18:30. Die Kundgebung beinhaltet in der Regel (so auch am Tag unserer Erhebung) drei Teile: Nach einer Auftaktveranstaltung mit Reden folgt ein Demonstrationszug durch die Stadt (von Pegida als „Spaziergang“ bezeichnet) und eine Abschlussveranstaltung am Ausgangsort. Alles zusammen dauerte ca. eineinhalb bis zwei Stunden.

bung (rückläufige Ausschöpfungsquoten seitdem bei Befragungen), der sozialen Zusammensetzung der Teilnehmer (insbesondere hinsichtlich Bildung), der Länge des Fragebogens und anderen Eigenheiten der Befragung zu tun haben. Im Übrigen sei betont, dass die Höhe der Ausschöpfungsquote nicht zwangsläufig mit der Qualität der Umfrage und Repräsentativität der Ergebnisse gleichzusetzen ist (vgl. Reuband 2015a).

¹¹ Walgrave et al. (2016) kommen bei 51 Studien auf einen Durchschnittswert von 33 %, bei 21 (etwas älteren) Studien liegt er bei 41 % (Walgrave und Verhulst 2011) (eigene Berechnungen auf der Basis der Werte der einzelnen Erhebungen).

¹² Bei uns nahmen zwei Drittel der Befragten den Fragebogen entgegen, in der Göttinger Umfrage rund die Hälfte, in der Online-Untersuchung von Rucht et al. (2015) waren es hingegen nur 37 %, die den Flyer mit dem Link zur Online-Befragung annahmen.

⁸ Geschätzt auf der Basis einer eigenen Dresdner Bevölkerungsbefragung mit einem 11-seitigen Fragebogen aus dem Jahr 2014, bei der wir die Befragten am Schluss des Fragebogens um Angaben zu ihrem Zeitaufwand baten.

⁹ So erreichten wir in einer Umfrage, die wir im Jahr 2014 bei einer Open-Air Operngala-Übertragung in der Düsseldorfer Altstadt durchführten und bei der ebenfalls der Fragebogen nur zurückgesandt und nicht vor Ort ausgefüllt werden konnte, mit einem vierseitigen Fragebogen eine Rücklaufquote von 44 %. Besucherumfragen in Kultureinrichtungen erreichen trotz zusätzlicher Rückgabeoption vor Ort teilweise niedrigere Werte (so z.B. bei Brauerhoch 2005).

¹⁰ So erzielten Hornig und Baumann (2013: 7) bei einer schriftlich-postalischen Demonstrantenbefragung auf dem Frankfurter Flughafen Quoten von 43 % und 29 %. Auch die Erfahrungen mit face-to-face Befragungen sprechen gegen eine überdurchschnittliche Verweigerungshaltung der Pegida-Teilnehmer. So erreichte Patzelt zeitweise eine Ausschöpfungsquote von nahezu 50 % (Inzwischen liegen die Werte niedriger, in seiner letzten Erhebung bei 37 %, vgl. Patzelt 2016). Wohl gibt es einen Unterschied zwischen unserer und der Göttinger Untersuchung (Finkbeiner et al. 2016a) zu einigen (z.T. älteren) schriftlich-postalischen Demonstrationsbefragungen (vgl. Rucht et al. 2015a: 6). Dies mag aber weniger etwas mit der ideologischen Ausrichtung der Teilnehmer, als mit dem Zeitpunkt der Erhe-

Nicht alle Teilnehmer der Auftaktveranstaltung nehmen gewöhnlich auch am Demonstrationszug und der Schlussveranstaltung teil. Nach Schätzungen der Gruppe „Durchgezählt“, die regelmäßig die Teilnehmerzahlen ermittelt, verlassen 10-20 % der Menschen den Platz anderweitig (persönl. Mitteilung). Bei der von uns erfassten Kundgebung wurde die Zahl der Personen, die nicht am „Spaziergang“ teilnahmen, auf 705 (von zwischen 5.400 und 5.800 Teilnehmern) beziffert (Durchgezählt 2015b). Dies entspräche einem Anteil von ca. 13 %.

In unserer Untersuchung gaben praktisch alle Befragten (96 %) an, sich die ganze Zeit bei der Auftaktveranstaltung aufgehalten zu haben. Nur für einige wenige galt dies nicht – es handelte sich meist um „Nachzügler“, die verspätet am Veranstaltungsort eintrafen, dann aber bis zum Schluss blieben. Von denen, die an der Auftaktveranstaltung ganz oder zeitweise anwesend waren, nahmen 90 % am „Spaziergang“ teil, 81 % auch noch an der Abschlussveranstaltung. Alles in allem spiegeln unsere Befunde damit ziemlich gut die Verhältnisse wieder, wie sie für Pegida-Kundgebungen typisch sind.

Bezogen auf die Gesamtheit der Befragten blieben 78 % der Befragten von Anfang bis zum Schluss. Es handelt sich um einen höchst engagierten Kreis: mit einer im Durchschnitt (arithmetisches Mittel) rund 28-maliger Teilnahme an den Demonstrationen in Dresden (bei denen, die weniger lang blieben, liegen die Werte etwas niedriger).¹³ Entsprechend hoch ist ihre Identifikation mit Pegida: sie gaben auf ein entsprechendes Statement überproportional häufig an, sich Pegida besonders eng verbunden zu fühlen. Und sie zeichnen sich durch eine hohe Bereitschaft aus, für die Veranstaltung einen größeren Aufwand auf sich zu nehmen: so stammen sie überproportional häufig nicht aus Dresden oder dem Umland, sondern aus anderen Teilen Sachsens. Um nach Dresden zu gelangen, müssen sie längere Anfahrten in Kauf genommen haben.

Bei fast allen Befragten erfolgte die Teilnahme zielgerichtet. Dass Personen zufällig dazu stießen, kam

so gut wie nie vor. Dies ist erwähnenswert, weil die Gelegenheit dafür bei dieser Kundgebung durchaus günstig war: Teile des vielbesuchten Weihnachtsmarkts befanden sich in unmittelbarer Nähe. Einige wenige Schritte am Dresdner Schloss vorbei hätten direkt zum Veranstaltungsort von Pegida geführt. Auch die Tatsache, dass von Pegida vor Beginn der Kundgebung auf dem Theaterplatz laute Weihnachtsmusik abgespielt wurde, hätte Menschen anlocken können. Aber für die einheimischen Dresdner (und womöglich auch die Nicht-Dresdner) war Pegida vermutlich schon zu sehr Routine geworden und zu wenig attraktiv, als dass Interesse und Neugier – mitbegünstigt durch Sympathie für Pegida – sie zum Besuch hätte verleiten können.¹⁴ Dass Passanten nach Beginn der Kundgebung zufällig dazu stießen, ist zwar denkbar. Dass dies in nennenswertem Maße geschah, ist jedoch unwahrscheinlich.

Aufgesucht wurde die Veranstaltung meist in Begleitung. Lediglich 22 % der Befragten gaben an, allein gekommen zu sein. Wer bislang nur einige wenige Male bei Pegida war oder aus Dresden stammte, war etwas häufiger ohne Begleitung. Wer mit anderen Personen kam, tat dies nicht selten in einer größeren Gruppe. Vermutlich handelte es sich um keinen zufällig neu entstandenen, sondern um einen schon länger bestehenden Kreis von Personen. Unter diesen Umständen wäre die Entscheidung zur wiederholten Teilnahme an den Kundgebungen in vielen Fällen mehr als nur eine individuelle Entscheidung. Sie unterläge zugleich gruppenspezifischen Einflüssen: mit Anstößen, die nicht nur von der Person selbst, sondern auch von ihrer interpersonalen Umwelt stammen. Darüber hinaus kommt den Kontakten eine wichtige Funktion für die Herausbildung spezifischer Weltbilder zu: sie begünstigen soziale und kommunikative Formen der Bekräftigung, in deren Verlauf sich soziale Bindungen und Realitätsdefinitionen herausbilden und stabilisieren.¹⁵

¹³ Die Angaben zur Häufigkeit bisheriger Teilnahme muss man als Schätzwerte ansehen, kaum jemand wird Buch über seine Demonstrationsteilnahme führen. Eine Tendenz zur Überschätzung ist bei manchen Befragten nicht auszuschließen. So gaben einige wenige Befragte Häufigkeiten an, die über der möglichen Zahl lagen. Ihre Angaben gehen in die Berechnung hier mit der maximal möglichen Zahl ein. Für die Gesamtheit der Pegida Befragten liegt das arithmetische Mittel bei 26-mal (der Median bei 25). In den Erhebungen, die im Januar 2015 durchgeführt wurden, lag der Wert noch bei 4 (Vorländer et al. 2015a, Rucht et al. 2015), im April/Mai bei 16 (Patzelt 2015b). Die Pegida-Demonstranten setzen sich offenbar in zunehmendem Maße aus einem Stammpublikum zusammen.

¹⁴ Einen Fragebogen, der von einem Nicht-Pegida-Anhänger ausgefüllt wurde, der sich – wie er mitteilte – lediglich am Ort aufhielt, um sich mal die Kundgebung anzuschauen, schlossen wir aus der Auswertung aus.

¹⁵ Die Bedeutung interpersonalen Beziehungen und sozialer Netzwerke für politisches Verhalten ist insbesondere von Paul F. Lazarsfeld herausgearbeitet worden (u.a. Lazarsfeld et al. 1968 [1944], Berelson et al. 1954). In neuerer Zeit ist das Interesse daran in der politischen Soziologie – nach langer Zeit der Abstinenz – z.T. wieder erwacht (vgl. u.a. Huckfeldt et al. 1992, Zuckerman 2005). Zur Bedeutung sozialer Beziehungen vor dem Hintergrund kognitiver Dissonanzverfahren, speziell auch im Hinblick auf die Wahlentscheidung für rechte Parteien, siehe Reuband (1971).

Manche Gruppen mögen sich aus bestehenden sozialen Bezügen am Heimatort gebildet haben, andere beim Besuch der Pegida-Veranstaltungen entstanden sein: z.B. auf dem Heimweg, wenn man realisiert, dass andere Personen auf dem Weg ebenfalls bei Pegida waren, oder auf dem Demonstrationszug durch die Stadt. Fragt man, ob man auf früheren Pegida-Kundgebungen neue Kontakte geknüpft hätte, die man weiterhin pflegt, gaben 53 % der Teilnehmer solche Kontakte an. Je häufiger sie an den Kundgebungen teilgenommen hatten, desto eher traf dies zu. In welcher Form sie die Kontakte unterhielten – ob lediglich auf der Ebene freundlicher Begrüßung und des Gesprächs während der Kundgebung oder auch danach, muss an dieser Stelle ungeklärt bleiben.

4. Die soziale Zusammensetzung der Teilnehmer

Dresden ist der Ort des Pegida-Protests. Aber der Ort des Protests muss nicht der Ort sein, aus dem die Teilnehmer stammen. Bei der Großkundgebung im Januar 2015, zu der zwischen 17.000 und 25.000 Menschen kamen, stammten mehr als 60 % von außerhalb (Vorländer et al. 2015, Rucht et al. 2015, Geiges et al. 2015). Bei den Folgekundgebungen, bei denen die Teilnehmerzahlen erheblich gefallen waren – auf Werte zwischen rund 1.500 und 3.000 – änderte sich dies: die Zahl der auswärtigen Teilnehmer nahm absolut wie relativ ab. Der Anteil der Dresdner stieg. So ermittelten Patzelt und Eichardt in ihrer Untersuchung am 27. April einen Dresdner Anteil von 54 % und am 4. Mai von 61 % (Patzelt 2015b: 11). In unserer Untersuchung waren 51 % aus Dresden, 32 % aus dem Umland, 11 % aus den anderen Teilen Sachsens und 6 % aus anderen Teilen der Bundesrepublik oder dem Ausland.

Dass nicht mehr als die Hälfte der Teilnehmer in Dresden ansässig ist, lässt all jene Interpretationen obsolet werden, welche die Pegida-Teilnehmer mit Dresdnern gleichsetzen und Pegida als ein Ausdruck Dresdner Besonderheiten und Mentalitäten interpretieren. Tatsächlich aber wird Pegida, so zeigt sich in repräsentativen Befragungen, von den Dresdnern mehrheitlich abgelehnt (Stern Online 2015, Fehser 2015). Nicht mehr als 7 % haben eigenen Angaben zufolge schon mal an einer Pegida-Demonstration teilgenommen. Die Zahl derer, die an einer Gegendemonstration teilnahmen, ist größer (DNN 2016b).¹⁶

¹⁶ Dass die Zahl derer, die an Gegendemonstrationen teilnahmen, größer ist, mag erstaunen – übertrifft doch die Zahl der Pegida-Demonstranten regelmäßig die Zahl der Teilnehmer an Gegendemonstrationen. Aber dies muss kein Widerspruch sein: wenn die Teilnahmefrequenz bei den Gegendemonstrationen geringer ist als bei den Pegida-Demonstrationen, letztere

Es gibt auch keine empirischen Belege dafür, dass die Dresdner in ihren Einstellungen gegenüber Ausländern kritischer oder feindlicher eingestellt sind oder waren als die Bewohner anderer Großstädte. Dies wird zwar des Öfteren als quasi-selbstverständlich unterstellt – auch in wissenschaftlichen Abhandlungen (z.B. bei Lucke 2015: 5) –, doch es entspricht nicht der Realität. Die empirischen Befunde, basierend auf repräsentativen Bevölkerungsumfragen, erbringen keine Belege für die These (Reuband 2015a: 137 f.).¹⁷ Dass Dresden zum Ort des Protests wurde, hat eher mit Dresden als Sitz der Landesregierung, der symbolischen und kulturellen Bedeutung der Stadt und wohl auch mit Zufälligkeiten zu tun: denn die Organisatoren des Protests stammen aus dem Umland von Dresden. Wären sie nahe Leipzig ansässig, wäre womöglich Leipzig zum Ort des Protests geworden.

Die Teilnehmer des Pegida-Protests setzen sich mehrheitlich aus Männern zusammen. In der Mehrzahl der Untersuchungen liegt ihr Anteil zwischen 72 % und 77 % (Vorländer et al. 2015, 2016, Rucht et al. 2015, Geiges et al. 2015). Und daran hat sich bis heute nichts geändert. In unserer Studie beläuft sich der Anteil auf 75 %. Anders dagegen die Verhältnisse bezüglich der Alterszusammensetzung: In der Vorländer-Untersuchung, die in diesem Fall die beste Ausgangsbasis bietet, fand sich bei den Befragten ein Durchschnittsalter von 48 Jahren (Vorländer et al. 2016: 58). Gemessen am Durchschnittsalter der sächsischen Bevölkerung mit deutscher Staatsangehörigkeit (16 Jahre und älter) – es liegt bei 53 Jahren (Statistisches Landesamt Sachsen, persönliche Mitteilung) –, bedeutet dies eine leichte Überrepräsentation der Jüngeren.¹⁸ Der Altersdurchschnitt in unse-

mehr aus einem festen Stammpublikum bestehen. Was die Ablehnung von Pegida angeht, schließt diese eine partielle Zustimmung zu den Themen und Anliegen von Pegida nicht zwangsläufig aus. In welchem Umfang dies zutrifft, variiert von Umfrage zu Umfrage (vgl. Fehser 2015, DNN 2016b), es ist auch eine Funktion der jeweiligen Frageformulierung.

¹⁷ Es gibt auch keine Hinweise dafür, dass sich die Einstellungen kurz vor der Entstehung von Pegida verschlechtert hätten. Das Gegenteil ist der Fall: die Dresdner waren zu dieser Zeit gegenüber Ausländern positiver eingestellt als jemals zuvor (Reuband 2016). Ob sich die Dresdner von den Bürgern anderer Städte und ihrer Bereitschaft unterscheiden, ausländerfeindliche Einstellungen eher in entsprechendes Verhalten umzusetzen und sich auch eher ausländerfeindlich äußern, ist eine andere Frage, die hier nicht geklärt werden kann.

¹⁸ Bei der Berechnung des Altersdurchschnitts der Bevölkerung muss man zwangsläufig die Altersuntergrenzen der Vergleichspopulation zum Maßstab nehmen und nicht das Durchschnittsalter als Ganzes (das in den Statistiken ebenfalls Kinder umfasst). In den vorliegenden Pegida-Untersuchungen liegt das Alter der jüngsten Befragten bei 15-16 Jahre – weswegen wir für den Vergleich als Untergrenze 16 Jahre zugrun-

rer Untersuchung hingegen beläuft sich auf 59 Jahre. Entsprechend größer geworden ist der Anteil der Rentner (46 %). Die Älteren sind im Vergleich zur Bevölkerung nunmehr überrepräsentiert.

Natürlich stellt sich die Frage, ob die beiden Erhebungen die Realität hinreichend abbilden oder Verzerrungen unterliegen, sei es aufgrund idiosynkratischer Zusammensetzung mancher Protestveranstaltungen oder anderen Gründen. Dass die überproportionale Repräsentation Jüngerer in der Vorländer-Untersuchung keine Besonderheit der Erhebung darstellt, legen die Eindrücke nahe, die aufmerksame Beobachter bei den Demonstrationen Ende 2014 gewannen. Sie schreiben, dass das Publikum jung bis mittleren Alters sei, es mehr jüngere als ältere Teilnehmer gäbe (vgl. u.a. Hübler 2015, Schneider 2015, Maron 2015). Auch die Ergebnisse der Online-Befragung von Rucht et al. (2015) und des Göttinger Instituts für Demokratieforschung (Geiges et al. 2015), die sich auf die gleiche Kundgebung wie Vorländers Untersuchung beziehen, deuten in die gleiche Richtung, auch wenn das Durchschnittsalter durch die Wahl einer Online-Befragung sicherlich etwas zu niedrig eingeschätzt wird.

Was unsere Befragung und ihre Ergebnisse angeht, erweisen sich diese ebenfalls nicht als einzigartig. Auch eine kurz zuvor stattgefundenen schriftlich-postalische Untersuchung des Göttinger Instituts für Demokratieforschung erbrachte ein höheres Durchschnittsalter als frühere Untersuchungen (Finkbeiner et al. 2016a). Erfasst wurde das Alter zwar lediglich in Altersklassen, rechnet man diese jedoch um, kann man in etwa den Altersdurchschnitt bestimmen. Er liegt bei (ca.) 54 Jahren.¹⁹ Der Wert ist nicht so hoch wie unserer, macht aber ebenfalls deutlich, dass die früher bestehenden Altersverhältnisse nicht mehr zutreffen. Weitere Untersuchungen, die Licht auf die veränderte Alterszusammensetzung werfen könnten, gibt es leider nicht. Die Replikationsuntersuchung von Patzelt, die sich einer Quotenstichprobe bedient, vermag nicht weiterzuhelfen, weil sie bei der Quotierung frühere Altersverteilungen zugrundelegte. Zwar sind auch hier die Teilnehmer im Lauf der Zeit etwas

delegen (in unserer eigenen Untersuchung liegt die unterste Altersgrenzen etwas höher, die Spannweite des Alters reicht von 21 bis 86 Jahren).

¹⁹ Das Alter wurde in sechs Altersklassen erfasst (16-25, 26-35 ... 66 und älter). Diesen wurde von uns jeweils der mittlere Wert zugewiesen, im Fall der über 65-jährigen der Wert 72 Jahre (letzterer geschätzt auf der Basis des Durchschnittsalters der Befragten in dieser Altersgruppe unter den von uns befragten Pegida-Anhänger).

älter geworden, aber sie sind innerhalb der vorgegebenen Quoten gealtert.²⁰

Methodische Gründe, die aus dem Wechsel des Befragungsmodus erwachsen, scheiden als Erklärung für den Altersanstieg weitgehend aus. Gemessen an Bevölkerungsumfragen, die sich schriftlich-postalische Befragungsmethoden bedienen, sind die Effekte des Befragungsmodus nicht groß genug, um die beschriebenen Veränderungen zu erklären.²¹ Auch internationale Erfahrungen mit Demonstrationbefragungen, die sich unterschiedlicher Erhebungsverfahren bedienen (face-to-face vs. schriftlich-postalisch), lassen eindeutige Rückschlüsse nicht zu. Es gibt zwar in einigen Studien Hinweise für einen Alterseffekt, in anderen jedoch nicht.²² Auch eine etwaig vorhandene „Befragungsmüdigkeit“ – verursacht durch zu viele Befragungen – scheidet als Erklärung aus: zwar hat es zuvor bereits mehrere Erhebungen gegeben (zuletzt zwei Wochen vorher), und rund die Hälfte der Befragten wurde früher schon mal im Zusammenhang mit einer Pegida-Veranstaltung befragt.²³

²⁰ Die Übernahme der früher bereits eingesetzten Quotierung hat den Vorteil einer Konstanzhaltung sozialer Randbedingungen auf der Ebene sozialer Merkmale, aber als Nachteil, dass sich mögliche zwischenzeitliche Veränderungen in der sozialen Zusammensetzung nicht abbilden lassen. Wird dieser Tatbestand nicht beachtet – wie mitunter in der Rezeption dieser Befunde durch Medien –, werden falsche Schlüsse gezogen.

²¹ In einer 2014 in Dresden durchgeführten Bevölkerungsumfrage (mit einer Ausschöpfungsquote von etwas über 50 %) lag das Durchschnittsalter in der Bruttostichprobe bei 48,0 Jahren in der realisierten Stichprobe unter den Befragten bei 50,4. Würde man sich auf diejenigen beschränken, die ohne weiteres Erinnerungsansprechen innerhalb der ersten Woche antworteten, kommt man auf einen Wert von 51,0 Jahren. In einer 2011 in Hamburg durchgeführten Bevölkerungsumfrage (mit Ausschöpfungsquote 44 %) lag in der Bruttostichprobe das Durchschnittsalter bei 47,3, unter den Befragten bei 48,7, bei Beantwortung ohne Mahnung bei 50,0 Jahren. In einer 1991/92 in Köln durchgeführten Bevölkerungsumfrage (Ausschöpfungsquote 70-71 %) lag das Durchschnittsalter der face-to-face Befragung bei 45,5, der postalisch Befragten bei 46,9. Die Differenz beläuft sich bei allen drei Vergleichen auf maximal 2 Jahre bzw. – bei Beschränkung auf die Befragten, die ohne Mahnaktion antworteten auf drei Jahre (jeweils eigene Erhebungen).

²² In den 48 Studien, die Walgrave et al. (2016: 95) aufführen, gab es bei 15 statistisch signifikante Alterseffekte: die Älteren waren in den schriftlich-postalischen Befragungen stärker vertreten. Wie stark die Unterschiede auf der Ebene des Altersdurchschnitts waren, wird jedoch nicht mitgeteilt. Keine Angaben dazu finden sich ebenfalls bei Rüdiger (2008), der in seiner Studie einen ähnlichen Alterseffekt konstatiert.

²³ In der Patzelt-Untersuchung (2016) gaben 30 % an, vorher schon mal befragt worden zu sein. Aufgrund des Einleitungstextes ist nicht auszuschließen, dass die Befragten vor allem an frühere Erhebungen von Patzelt dachten und deshalb der Wert unter unserem liegt. Eine zweite mögliche Erklärung ist, dass sich unsere Erhebung unterscheidet, weil wir verschiede-

Doch diejenigen, die in unserer Erhebung erstmals befragt wurden, sind nur unwesentlich jünger als die Interviewverfahrenen (58,1 vs. 60,5 Jahre).

Hinweise dafür, dass sich tatsächlich Veränderungen in der Alterszusammensetzung vollzogen haben könnten, lassen sich – mit der gebotenen methodischen Vorsicht – aus den Ergebnissen einer Folgeerhebung ableiten, die wir rund sieben Wochen später – am 06.02.2016 – in Dresden durchführten und bei der wir eine face-to-face Befragungskomponente in das Forschungsdesign einbezogen.²⁴ Bei dieser Erhebung wurde eine Auswahl der kontaktierten Personen von den Interviewern nach ihrem Alter gefragt bzw. das Alter bei denen, die sich unkooperativ zeigten, mehrheitlich (in Form von Altersgruppen) geschätzt. Dass eine derartige Schätzung des Alters das reale Alter – zumindest auf der Aggregatebene – brauchbar erfassen kann, haben Untersuchungen zu anderen Themen dokumentiert (vgl. Hüfken 1998: 29).

Durch den Kontakt an den Zugangswegen vor Beginn der Kundgebung und die Wahl einer face-to-face Befragung wurden mit unserer Zusatzerhebung ähnliche äußere Befragungsbedingungen geschaffen wie in der Vorländer-Untersuchung, die uns als Ausgangsbasis dient. In unserem Fall beschränkte sich der face-to-face Teil auf drei Fragen: zur Regelmäßigkeit der Pegida-Teilnahme, dem Wohnort (Dresden oder woanders) und als drittes auf das Alter. Ermittelt wurde in dieser Weise, auf der Basis der Befragungen oder der Schätzungen, ein Durchschnittsalter der Teilnehmer von 54 Jahren. Differenziert nach Kooperationsbereitschaft erwiesen sich die Jüngeren etwas häufiger als die Älteren als Verweigerer: Während sich das durchschnittliche Alter derer, die den Fragebogen annahmen (N=173), auf 55 Jahre belief (unter den Dresdnern gar auf 58 Jahre), lag es unter den Verweigerern (N=82) bei (geschätzten) 52 Jahren.²⁵ Würde man sich an der regio-

nen Formen der Befragung – face-to-face, Online, schriftlich-postalisch – in der Frage spezifizierten und dies den „Recall“ begünstigte. Eine dritte mögliche Erklärung ist, dass sich an unserer Befragung überproportional Personen beteiligten, die schon mal an einer Pegida-Befragung teilgenommen hatten.

²⁴ Es handelt sich um eine Kundgebung an einem Samstagnachmittag auf dem „Königsufer“ gegenüber der Altstadt Dresdens. Die Erfassung des Alters – mittels Befragung oder Beobachtung – durch die Interviewer erfolgte in überproportionaler Weise in der Zeit zwischen 14:00 und 14:30. In der Folgezeit war der Andrang z.T. so stark, dass mehr auf eine angemessene Verteilung der Fragebögen geachtet werden musste als auf eine systematische Erfassung der sozialen Merkmale der Kontaktpersonen. Damit ist ein potentieller „Bias“ in der Erfassung gegeben.

²⁵ Hinweise dafür, dass sich die Jüngeren eher der Befragung entziehen, gibt es auch in der Patzelt-Untersuchung (Patzelt

nalen Herkunft der Teilnehmer in der Vorländer-Erhebung vom Januar 2015 orientieren (damals stammten 40 % aus Dresden), und die Daten entsprechend gewichten, käme man für die Teilnehmer, die den Fragebogen annahmen, auf einen Altersdurchschnitt von 55 Jahren.

An diesen Zahlen gemessen hat sich tatsächlich eine Altersverschiebung im Lauf der Zeit vollzogen. Inwieweit eine überproportionale Befragungsbereitschaft Älterer den Altersdurchschnitt unserer schriftlichen Befragung noch weiter in die Höhe getrieben hat²⁶, oder andere Gründe eine Rolle spielen, muss ungeklärt bleiben. Entscheidender ist an dieser Stelle, dass sich überhaupt eine Altersveränderung ereignet hat, und die Teilnehmer älter sind als in der Früh- und Hoch-Phase der Bewegung.

Nicht zuletzt aufgrund des höheren Durchschnittsalters (die ältere Generation verfügt über eine niedrigere Bildung), sind die besser Gebildeten nicht (mehr) so stark vertreten wie früher. 9 % gaben einen Haupt- oder Volksschulabschluss an (bzw. POS 8. Klasse), 42 % einen Realschulabschluss (bzw. POS 10. Klasse), 21 % die Fachhochschulreife/Abschluss einer Fachoberschule und 20 % die Hochschulreife (Abitur, Gymnasium oder EOS). Auf sonstige Abschlüsse

2016): Wie man dem Feldbericht entnehmen kann, gelang es den Interviewern überproportional oft nicht, die Quotenvorgaben für die jüngeren Teilnehmer zu erfüllen. Allerdings ist nicht auszuschließen, dass neben Verweigerungen auch Schwierigkeiten bei der Einhaltung der Quotenvorgaben mit dazu beitrugen – weil Jüngere, wie es unsere Daten nahelegen, nicht mehr so häufig auf der Kundgebung präsent waren wie zu früheren Zeiten.

²⁶ Auch in unserer Befragung vom 06.02.2016, bei welcher der gleiche Fragebogen wie in der hier verwendeten Untersuchung eingesetzt wurde, ergab sich mit 58,5 Jahren ein ähnlicher Altersdurchschnitt. Dass die unterschiedliche Länge des Fragebogens den Unterschied zwischen der Göttinger (Altersdurchschnitt 54 Jahre) und unserer Untersuchung erklären könnte, ist unwahrscheinlich. So erbrachte der Vergleich eines 11-seitigen Langfragebogens mit einem 4-seitigen Kurzfragebogen in einer Düsseldorfer Bevölkerungsumfrage (dazu vgl. Reuband 2015b) keinen statistisch signifikanten Altersunterschied. Dass es einen Unterschied macht, ob man die Fragebogenverteilung vor Beginn (wie in unserer Untersuchung) oder auch noch später vornimmt (wie bei den Göttingern), ist ebenfalls nicht anzunehmen: schließlich ist die Zahl derer, die nach Beginn der Veranstaltung dazu kommen, in der Regel vernachlässigenswert. Vermutlich handelt es sich bei den Differenzen zwischen unserer und der Göttinger Untersuchung um nicht unübliche Schwankungen in der Alterszusammensetzung der Teilnehmer, abhängig vom erwarteten Event-Charakter der Veranstaltung, den Rednern, dem Wetter etc. So wäre z.B. denkbar, dass der starke Regen an dem Abend, an dem die Göttinger ihre Befragung durchführten, überproportional stark die Älteren von einer Teilnahme an der Kundgebung abhielt.

entfallen 8 %.²⁷ Klammert man letztere aus der Berechnung aus, kommt man auf einen Anteil von 45 %, der über eine Fachhochschul- oder Hochschulreife verfügt, unter den Pegida-Teilnehmern aus Dresden sind es 54 %. In der Bevölkerung der Stadt Dresden liegt der entsprechende Anteil bei einer vergleichbaren Geschlechtsverteilung bei 46 %.²⁸

Die besser Gebildeten sind demnach weiterhin überrepräsentiert. Dies trifft auch dann zu, wenn man anstelle der Dresdner die Sachsen als Maßstab nimmt: So liegt unter den von außerhalb Dresdens stammenden sächsischen Pegida-Teilnehmern²⁹ der Anteil mit Fachhochschul- oder Hochschulreife bei 43 %, in der sächsischen Bevölkerung liegt er bei 23 %.³⁰ Bei einer Pegida vergleichbaren Geschlechts- und Altersverteilung lägen die Werte – generationsbedingt – zwar darunter, doch die besser Gebildeten blieben weiterhin überrepräsentiert.³¹ Von einem grundlegenden Wandel, der Pegida zu einer Massenbewegung schlechter Gebildeter gemacht hat, kann nicht gesprochen werden.

Der Bildungszusammenhang mag angesichts der Verteilung ausländerfeindlicher Einstellungen in der Bevölkerung erstaunen – man findet sie eher unter den schlechter als den besser Gebildeten (Reuband 2015a: 139) –, vom Stellenwert der Bildung für die politische Partizipation ist es jedoch nicht verwunderlich. Denn besser Gebildete sind allgemein eher als schlechter Gebildete zu unkonventionellen Formen der Partizipation bereit (dazu vgl. u.a. Barnes/Kaase et al. 1979, Lüdemann 2001). Ihre Überrepräsentation

²⁷ Anders als in den Erhebungen von Vorländer, Geiges et al. und Patzelt erfassten wir den höchsten allgemeinbildenden Schulabschluss und klammern Berufsausbildungs- und Berufschulabschlüsse aus. Damit ist eine bessere Vergleichbarkeit mit dem Mikrozensus und mit den herkömmlichen Bildungskategorien in Bevölkerungsumfragen gegeben.

²⁸ Eigene Berechnungen auf der Basis des Mikrozensus 2014, nach Angaben des Statistischen Landesamtes Sachsen (persönliche Mitteilung).

²⁹ Umland von Dresden und übriges Sachsens zusammengefasst. Die Mehrheit entstammt im vorliegenden Fall dem Umland, verfügt vermutlich im Durchschnitt über eine höhere Bildung als die aus anderen Teilen des Landes stammenden Befragten.

³⁰ Der Anteil derer mit Fachhochschul- oder Hochschulreife liegt in der Bevölkerung Sachsens bei den Männern bei 24 % und den Frauen bei 20 % (hier Bevölkerung ab 15 Jahren. Personen ohne Schulabschluss – meist sind es noch Schüler – nicht mitgerechnet). Basis Statistisches Landesamt Sachsen (2015: 125); eigene Berechnungen.

³¹ So liegt z.B. unter den 55-64-jährigen Männern der Anteil mit Fachhochschul- oder Hochschulreife unter den Pegida-Teilnehmern (N=49) bei 39 %, in der Bevölkerung bei 23 %, unter den 65-74-jährigen Pegida-Teilnehmern (N=67) bei 43 %, in der sächsischen Bevölkerung bei 27 % (Angaben zur Bevölkerung nach Statistisches Landesamt Sachsen, persönliche Mitteilung; Ergebnisse des Mikrozensus).

unter den Pegida-Teilnehmern muss daher nicht – wie manche Autoren meinen (so z.B. Nachtwey 2015: 85) – ein Krisenerleben der Mittelschicht und ein daraus entstehendes „autoritäres Syndrom“ widerspiegeln. Ebenso wenig schlagen sich darin typische Reaktionen der Mittelschicht auf Krisensituationen nieder, wie sie aus der Historie bekannt seien.³²

5. Politische Selbstpositionierung auf der Links-Rechts-Skala

Einer in der Öffentlichkeit vielfach geäußerten Sichtweise zufolge ist Pegida im Lauf der Zeit radikaler geworden und hat sich weiter politisch nach „rechts“ bewegt. Mehr denn je weise die Bewegung ein rechtsradikales Profil auf. Die Reden seien hetzerischer und gehässiger geworden. Als am 19. Oktober 2015, beim einjährigen „Jubiläum“ der Bewegung, der türkisch-stämmige Schriftsteller Emin Pirincci als Redner auftrat, er Flüchtlinge, Muslime und Politiker beschimpfte und mit einem Anflug des Bedauerns äußerte, es gäbe ja keine KZs mehr, war für viele Beobachter die Grenze zum Rechtsextremismus endgültig überschritten. Dies galt umso mehr, als auf der vorangegangenen Demonstration ein Teilnehmer eine Galgen-Attrappe getragen hatte mit der Aufschrift, dieser sei reserviert für Angela Merkel und Sigmar Gabriel.

Von diesen Ereignissen zur Orientierung und Motivation der Teilnehmer war für viele Kommentatoren und Politiker nur ein kurzer Schritt. Die Teilnehmer wurden zu Komplizen erklärt, ihre eigenen Orientierungen mit dem Geschehen gleichgesetzt und sie letztlich mit dafür haftbar gemacht.³³ So verkündete Justizminister Heiko Maas, es gebe keine Ausreden mehr: „Wer Galgen baut und Menschen daran bauen sehen will, setzt Hemmschwellen herab. Niemand der da mitläuft, kann sich von der Verantwortung frei machen für die Taten, die diese Hetze inspiriert. Für brennende Heime oder verletzte Flüchtlingshelfer.“ (Rheinische Post- Online, 17.10. 2015).

³² Häufig werden Parallelen zur NS-Zeit gezogen und die Mitte – in Form der unteren Mittelschicht – für den Aufstieg des Nationalsozialismus verantwortlich gemacht (vgl. u.a. Nachtwey 2015). Damit wird einer überholten Erklärung gefolgt, die ursprünglich aus den 1930er Jahren stammt. Dass die NSDAP in ihrer Rekrutierung von Wählerstimmen eher einer Volkspartei glich, hat besonders Jürgen Falter in seinen Untersuchungen dargelegt.

³³ Bei einer zeitgleich in Berlin stattgefundenen TTIP-Protestkundgebung gab es im Übrigen ebenfalls einen Teilnehmer, der eine Galgen-Attrappe mit den Namen von Sigmar Gabriel hielt. Dies wurde in der öffentlichen Reaktion jedoch kaum thematisiert und keine ähnlichen Schlüsse gezogen (vermutlich, weil die TTIP-Demonstrationen eher den Ruf eines linken Protests haben).

Und die ZEIT schrieb „Der Galgen ist keine Überraschung mehr. Wer hier mitläuft, ist kein besorgter Bürger mehr. Er ist Teil einer Gruppe und einer Dynamik, die Gewalt gegen Ausländer und Staatsvertreter ... heraufbeschwört“ (Jacobsen 2015).

Die Wirklichkeit ist etwas komplizierter. Abgesehen davon, dass der KZ-Vergleich eine andere Bedeutung hatte, als in der Öffentlichkeit dargestellt, und unter den Zuhörern teilweise auch Protest zu vernehmen war (vgl. u.a. Niggemeier 2015, Freie Presse 2015, Spiegel Online 20.10.2015), ist auch die Existenz des „Galgenmannes“ für Rückschlüsse auf die Teilnehmer wenig geeignet. Nur wenige dürften ihn in der Menge von 15.000-20.000 Personen gesehen haben. Und für diejenigen, die ihn sahen, dürfte dies noch lange kein Grund gewesen sein, die Kundgebung zu verlassen: solange man ihn als eigenwilligen, idiosynkratischen Einzelfall und nicht als Bestandteil des offiziellen politischen Programms wahrnehmen kann, macht ein solcher Rückzug subjektiv keinen Sinn.

Will man etwas über die Orientierung der Teilnehmer erfahren, muss man die Teilnehmer selbst und nicht das äußere Geschehen zum Maßstab nehmen. Eine Möglichkeit, dies im Rahmen unserer Studie zu tun, liegt darin, das politische Selbstverständnis als Kriterium zu nehmen: Wie stufen sich die Teilnehmer entlang des Links-Rechts-Kontinuums ein? Die Links-Rechts Dimension gilt als ein grundlegendes Strukturmerkmal politischer Orientierungen und findet sich auch in den Medien wiederholt thematisiert. Die Mehrheit der Bürger vermag sich darin wiederzufinden und zu positionieren (vgl. u.a. Fuchs und Klingemann 1989, Neundorf 2011, Rottinghaus 2015).

Erfragt haben wir die Selbstpositionierung auf der Grundlage einer 10er Skala, wie sie u.a. im ALLBUS Verwendung findet. Benannt sind hier nur die Endpunkte der Skala, mit den Begriffen „links“ bzw. „rechts“. Lediglich 3 % unserer Befragten kreuzten alle Kategorien an oder meinten explizit, dass die Links-Rechts-Dimension heutzutage keine Bedeutung mehr hätte. Dies entspricht vergleichbaren Werten bundesweiter Bevölkerungsumfragen (wie dem ALLBUS). Es entspricht ebenfalls den Befunden in der Online-Befragung der Pegida-Teilnehmer durch Dieter Rucht et al. (hier sind es 7 %, Rucht et al. 2015: 19).

Der Anteil entspricht aber nicht zwingend den Verhältnissen bei anderen Protestbewegungen. So wollten sich 39 % der Befragten, die an den „Montagswachen für den Frieden“ teilgenommen hatten, nicht auf der Links-Rechts-Skala verorten. Ein ähnlich hohen Anteil (von 44 %) fand sich bei den Teilnehmern der „Occu-

py“-Bewegung (Daphi et al. 2014: 20). Ost-West-Unterschiede auf Bevölkerungsebene scheiden – wie man der Analyse des ALLBUS entnehmen kann – als Erklärung dafür aus. Ebenso wenig gibt es methodische Gründe, die aus der Konstruktion des Fragebogens erwachsen.³⁴ Offensichtlich rekrutieren sich in die Bewegungen Personengruppen mit unterschiedlich starker Verankerung des eigenen politischen Selbstverständnisses auf der Links-Rechts-Dimension.

Klassifiziert man die 10er Skala in Zweier-Schritten und erfasst die Mitte durch die Werte 5-6, so zeigt sich: 52 % rechnen sich der Mitte zu, 37 % wählen eine eher rechte Einstufung (auf der Skala Werte 7-10) und 11 % eine eher linke Selbsteinstufung (auf der Skala 1-4). Die Extremwerte auf der Skala (die man als „sehr weit rechts“ bzw. „sehr weit links“ bezeichnen könnte), werden weitgehend gemieden. Die „Rechten“, die sich in der Selbsteinstufung auf der Skala entsprechend positionieren, stellen nach unseren Befunden keine Mehrheit dar. Dass sie in der Befragung unterrepräsentiert sind, ist zwar zu vermuten. Dass sie die Mehrheit der Teilnehmer repräsentieren, ist jedoch unwahrscheinlich.³⁵

Die Tatsache, dass lediglich die Endpunkte begrifflich gekennzeichnet sind und ansonsten ein breites Spektrum an Zahlen auf der Skala zur Verfügung steht, verleiht der nachträglichen Klassifikation der Antworten durch den Forscher zwangsläufig eine gewisse Willkürlichkeit. Denn wer sich als Befragter z.B. auf der Skala links von der Mitte positioniert – etwa mit dem Wert 4 – wird der gängigen Praxis zufolge (und ebenfalls von uns) mit einer linken Selbsteinstufung klassifiziert. Seinem Selbstbild mag dies nicht entsprechen. Er mag sich eher in der Mitte sehen. Aus dieser Sicht muss man die Einstufung, die wir auf der Basis der Skala vornehmen, als eine Annäherung an das politische Selbstverständnis der Befragten werten und mit der gebotenen Vorsicht interpretieren. Dies gilt selbstverständlich auch für diejenigen, die gemäß der Zurechnung zu politischen Lagern als „rechts“ klassifiziert (und im Folgen von uns auch so bezeichnet) werden.

³⁴ Neben den Werten 1-10 waren in den Online-Befragungen auch „Keine Position auf dieser Skala“ und „weiß nicht“ angegeben. Diese beiden Kategorien waren in unserem Fragebogen nicht aufgeführt, wohl aber in der Online-Befragung der Pegida-Anhänger von Rucht et al. (2015). Die Unterschiede können daher nicht auf Unterschiede der Fragekonstruktion zurückgeführt werden.

³⁵ Dass sich die Rechten der Befragung überproportional häufig entziehen, darauf deuten die Beobachtungen unserer Interviewer hin – vor allem in der Erhebung vom 06.02.2016 (gemessen u.a. am Auftreten, Kleidung, Reaktionen etc.).

Eines jedoch ist sicher: Im Vergleich zur Gesamtbevölkerung sind mittlere bis rechte politische Selbsteinstufungen unter den Teilnehmern überrepräsentiert. Das Spektrum der Selbsteinstufung ist deutlich nach rechts verschoben. Dies gilt sowohl, wenn man den Vergleich mit der Bundesrepublik als Ganzes als auch mit Ostdeutschland oder mit Sachsen unternimmt.³⁶ Und es gilt für den Vergleich mit Dresden. So rechneten sich einer repräsentativ angelegten Bevölkerungsumfrage, die wir 1998 in Dresden durchführten (1.212 Befragte, Selbsteinstufung ebenfalls mit einer 10er Skala), 44 % der Bürger dem linken Spektrum, 43 % der Mitte und lediglich 12 % dem rechten Spektrum zu. Die Verhältnisse sind damit nahezu spiegelverkehrt zu denen der Pegida-Befragung. Dass sich seitdem die Verhältnisse in der Dresdner Bevölkerung grundlegend verschoben haben, ist nicht anzunehmen.

6. Veränderungen in der Selbsteinstufung

Welche Änderungen haben sich in der Selbstpositionierung der Pegida-Teilnehmer vollzogen? Eine Vergleichsmöglichkeit bietet sich mit den Umfragen von Werner J. Patzelt, in denen wie bei uns eine numerische Skala verwandt wurde³⁷ – allerdings in Form einer 5er Skala und mit einer leicht differierenden Bezeichnung der Endpunkte als „ganz links“ bzw. „ganz rechts“ sowie der Mitte als „genau in der Mitte“. Die Wahl einer 5er Skala macht im Rahmen mündlicher Befragungen durchaus Sinn, da bei 10er Skalen ohne Skalenvorlage bei den Befragten leicht Irritationen entstehen können. Die Kennzeichnung der Endpunkte als Extremwerte ist in der Forschung nicht ganz unüblich und erscheint durchaus als legitim.

Die andersgeartete Benennung der Endpunkte dürfte im Vergleich zu unserer Skala („links“/„rechts“ statt

³⁶ So ordneten sich im ALLBUS 2012 auf der 10er Skala 36 % der Ostdeutschen der Kategorie links zu, 54 % der Mitte und 10 % rechts (in Westdeutschland 30 % links, 52 % Mitte und 18 % rechts). Unter den Befragten in Sachsen ordneten sich 29 % links zu, 59 % der Mitte und 12 % rechts (eigene Berechnungen). Daran gemessen ist der Anteil der „Linken“, zumindest in der Umfrage von 1998 in Dresden, noch stärker vertreten als in Sachsen bzw. Ostdeutschland und weitaus stärker als in Westdeutschland.

³⁷ Angaben zur Selbsteinstufung finden sich ebenfalls bei Rucht et al. (2015) und Geiges et al. (2015). Sie beruhen allerdings auf Online-Befragungen und erscheinen uns deshalb (vgl. Reuband 2015a:140) für unseren Vergleich nur eingeschränkt brauchbar. Die grundlegenden Verhältnisse, wie wir und Patzelt sie finden, werden freilich auch hier reproduziert. Rechnet man bei Rucht et al. (2015:19), die Personen raus, die keine Angaben machen, kommt man für die Zurechnung zur Kategorie „links“ auf einen Anteil von 10 %, „Mitte“ von 52 % und „rechts“ von 38 % (eigene Berechnungen).

„ganz links“/„ganz rechts“ und ohne Verweis auf die Mitte) in der Patzelt-Untersuchung eine Antworttendenz zur Mitte hin begünstigen. Die Bereitschaft, sich rechts einzuordnen, könnte in unserer Studie entsprechend stärker ausgeprägt sein. Man könnte dies auch aufgrund der größeren Anonymität unserer Untersuchung erwarten: denn soziale Erwünschtheitseffekte gegenüber dem Interviewer entfallen.³⁸ Betrachtet man die Angaben auf der Prozentpunktebene (Tabelle 1), erkennt man: der Anteil derer, die sich in der Mitte einstufen, ist in unserer Untersuchung in der Tat geringer als in den Patzelt-Untersuchungen und der Anteil derer, die sich links oder rechts positionieren, etwas größer. Eine überproportionale Tendenz in die eine oder andere politische Richtung – nach links oder rechts – erwächst aus dem Wechsel des Frageinstrumentariums jedoch nicht.

Tabelle 1: Selbsteinstufung auf dem Links-Rechts-Kontinuum im Zeitverlauf, 2015 (in %) in Patzelt-Umfrage und eigener Umfrage

	Patzelt-Umfragen			Eigene Umfrage
	Januar	April	Mai	Dezember
Ganz links	2	1	2	2
Eher links	6	6	5	9
In der Mitte	65	60	61	54
Eher rechts	23	29	28	31
Ganz rechts	4	4	4	4
(N=)	100 (227)	100 (259)	100 (404)	100 (322)

Quelle der Patzelt-Umfragen: Patzelt (2016).

Frageformulierung der Patzelt-Studie: „Und nun noch einige letzte Fragen: Wie würden Sie Ihren politischen Standort einschätzen? 1 meint ‚ganz links‘, 3 meint ‚genau in der Mitte‘, und 5 meint ‚ganz rechts‘“ (Vorlage einer 5er Skala).

Frageformulierung der eigenen Studie: „In der Politik wird oft von ‚links‘ und ‚rechts‘ gesprochen. Wo würden Sie sich in dieser Hinsicht auf einer Skala von 1 bis 10 einstufen, wobei 1 ‚links‘ bedeutet und 10 ‚rechts‘. Mit den Werten dazwischen können Sie abstufen“ [Umwandlung der 10er Skala in eine 5er Skala, mit Übernahme der Wortwahl von Patzelt in der Tabelle].

³⁸ Gegenüber den studentischen Interviewern könnte eine Neigung bestehen, sich weniger rechts zu äußern als realiter der Fall. Andererseits könnten andere Teilnehmer zugegen sein, welche die Antworten des Befragten hören, was – im Fall einer von dem Befragten unterstellten Rechtsorientierung der Anwesenden – rechte Äußerungen begünstigen dürfte.

Wählt man anstelle der Prozentwerte das arithmetische Mittel – aus Vergleichsgründen gerechnet auf der Basis einer 5er Skala –, erhält man für unsere Umfrage einen durchschnittlichen Wert von 3.3. Im Vergleich zu den vorangegangenen Umfragen von Werner J. Patzelt wird dann deutlich, dass sich an der durchschnittlichen Einstufung nichts geändert hat: In seiner Januar 2015 Erhebung lag der Wert bei 3.2, in seinen April und Mai Erhebungen bei 3.3 (Patzelt 2016). Auch wenn man der Tatsache Rechnung trägt, dass sich die Altersverteilung unserer Untersuchung von der Altersverteilung der Patzelt-Untersuchung unterscheidet und wir eine Gewichtung der Daten nach dem Altersaufbau der Patzelt-Studie vornehmen, bleibt unser Durchschnittswert erhalten. Keinen Hinweis auf eine Verschiebung erbringt ebenfalls der Vergleich mit der später, im Januar 2016, durchgeführten Patzelt-Untersuchung. Auch dort beläuft sich der Mittelwert auf 3.3 (vgl. Patzelt 2016).

Nun sagt die Positionierung auf der Links-Rechts-Skala letztlich nur etwas über das Selbstbild des Befragten aus, und dieses unterliegt üblicherweise relativ starken Beharrungstendenzen. Selbst wenn die politischen Ansichten im Zeitverlauf nach rechts driften sollten, muss sich dies nicht unmittelbar im Selbstbild niederschlagen. Schließlich muss sich nicht notwendigerweise ebenfalls ein Wandel bei den anderen politischen Einstellungen ereignet haben, die dem Links-Rechts-Kontinuum zugeordnet sind. Wie sieht es aus, so fragt sich daher, wenn man die inhaltlichen Orientierungen auf der Einstellungsebene anstelle der Links-Rechts-Einstufung zum Maßstab nimmt? Lässt sich dann eine entsprechende Verschiebung nach rechts feststellen?

Wir verfügen für unsere Umfrage über keine Vergleichsdaten, die sich auf identische Fragekonstruktionen stützen. Einzig die Umfragen von Patzelt erlauben einen solchen Vergleich. Sie deuten auf eine zunehmende kritische oder feindliche Haltung in der Frage des Asyls und der Flüchtlingsproblematik hin (Patzelt 2016). Ob man diese Entwicklung als einen generellen Rechtsruck deuten sollte, ist freilich fraglich (auch Patzelt hält eine solche Interpretation für nicht gerechtfertigt). Drei Argumente sprechen unserer Meinung nach gegen eine eindeutige Zurechnung zu einem allgemeinen Rechtsruck.

Zum einen spiegeln sich in dem Einstellungswandel der Pegida-Teilnehmer Veränderungen wider, die sich auch in der Bevölkerung vollziehen. Auch dort werden die Ansichten im Lauf der Zeit kritischer (vgl. u.a. Infratest dimap 2016, Forschungsgruppe Wahlen 2016, YouGov 2016). Nur mit dem Unter-

schied, dass sich diese Entwicklung bei Pegida in ausgeprägterer und verschärfter Form niederschlägt. Es ist wohl primär die als Bedrohung wahrgenommene Flüchtlingssituation, und weniger eine davon unabhängige Eigendynamik (die aus bestehenden Ansichten und Orientierungen erwächst), die den Einstellungswandel vorantreibt. Dass sich aus dieser Entwicklung in der Bevölkerung letztlich auch eine Verschiebung nach rechts ergeben könnte, ist zwar längerfristig nicht ausgeschlossen. Aber den Wandel zum jetzigen Zeitpunkt bereits in dieser Weise zu deuten, wäre vermutlich vorschnell.

Zum anderen sprechen die Befunde bei Pegida für einen differentiellen, komplexen Wandel, der von Widersprüchen nicht frei ist und eine Zurechnung zu einem Rechtstrend nicht eindeutig erlaubt. Einige Entwicklungen gehen in diese Richtung, andere nicht.³⁹ Manche spiegeln eher Veränderungen in den Akzenten als im Grundsätzlichen wider, und manche lassen sich wohl z.T. auch durch Veränderungen des Bezugsrahmens erklären: so etwa, wenn bestimmte Be-

³⁹ So sinkt z.B. in der Patzelt-Untersuchung seit Januar 2015 die Zahl derer, welche der Aussage „sehr“ zustimmen, dass Deutschland weiterhin politisch Verfolgten und Bürgerkriegsflüchtlingen Asyl gewähren sollte. Der entsprechende Zustimmungswert hat sich von 65 % im Januar 2015 auf 36 % im Januar 2016 reduziert. Fasst man den Wert allerdings mit der Aussage „stimme eher zu“ zusammen, erscheinen die Veränderungen weniger dramatisch: auch in der neusten Erhebung stimmen noch 52 % der Aussage zu. Und addiert man zusätzlich die Hälfte derer, welche die Antwortkategorie „teils-teils“ wählen, sind es 66 %. Vermutlich ist der Rückgang in der Zustimmung primär der Einbeziehung der Bürgerkriegsflüchtlinge in die Frageformulierung geschuldet – vermutlich hat sich hier die maßgebliche Veränderung vollzogen (werden diese als weniger bedürftig angesehen) und weniger in der Frage des politischen Asyls. Denn erfragt man in unserer Umfrage die Stellungnahme zu politischem Asyl („Wer politisch verfolgt wird, sollte weiterhin in Deutschland Asyl bekommen“) sind es (auf einer Vierer-Skala) 47 %, die sich „voll und ganz“ für ein Asyl aussprechen. Zählt man diejenigen dazu, die „eher zustimmen“, sind es 84 % – mehr als dies in der Patzelt-Untersuchung der Fall ist. Andererseits gibt es auch gegenläufige Entwicklungen. So sprachen sich z.B. in der Online-Befragung von Rucht (2015) nur 9 % „voll und ganz“ oder „eher“ dafür aus, dass man den Zuzug von Muslimen verbieten sollte. Ergänzt man dies durch diejenigen, die „teils-teils“ antworten, um die Hälfte des letztgenannten Wertes, kommt man auf einen Anteil von 23 % (eigene Berechnungen) – ein Wert, der paradoxerweise nicht höher liegt als in der Bevölkerung zu dieser Zeit. In unserer Umfrage stimmen auf einer Vierer-Skala hingegen 69 % der Aussage „voll und ganz“ oder „eher“ zu. Inwieweit die frühen Ergebnisse einen Ausreißer darstellen (populationsbedingt oder aus anderen Gründen) und das Ausmaß des Wandels überschätzt wird, ist eine ungeklärte Frage. Eine offene Frage ist ebenfalls, welcher Art der Wandel in Subgruppen ist. Patzelt (2016) meint, besonders bei den jüngeren Tendenzen einer Radikalisierung zu erkennen (eine Gruppe allerdings, deren Anteil an der Gesamtheit der Teilnehmer unserer Untersuchung zufolge gesunken ist).

griffe – wie „Ausländer“ – aufgrund des Asylantenzustroms vermehrt durch Assoziationen mit „Flüchtlingen“ und/oder „Muslime/Islam“ überlagert werden.⁴⁰

Auch jenseits der Fragen zu Ausländern, Flüchtlingen oder dem Islam gibt es nach Patzelts Befunden keinen eindeutigen Rechtsrutsch. Dass es gut wäre, wenn an Pegida-Demonstrationen keine Rechtsradikalen oder Rechtsextremisten teilnahmen, meint eine große Mehrheit. Und deren Anteil ist weiter gestiegen. Gestiegen ist ebenfalls der Anteil derer, welche die Demokratie als Vorteil sehen („Ist die Demokratie, alles in allem, eher etwas vorteilhaftes oder etwas problematisches?“) (vgl. Patzelt 2016). Mag sich auch die Kritik an der Regierung und den politischen Institutionen verstärkt haben, die grundlegende Legitimität des politischen Systems wird anscheinend nicht in Frage gestellt.

7. Parteilbewertung und Parteipräferenzen

Wie kann es sein, dass sich Menschen, die sich so vehement für eine restriktive Asylpolitik und gegen eine Zuwanderung von Muslimen engagieren, auf der Links-Rechts-Skala politisch links oder in der Mitte einstufen und nicht rechts – so wie es ihr Engagement auf den ersten Blick nahelegt und es auch von der Öffentlichkeit wahrgenommen wird? Unterliegen sie einer Selbsttäuschung, haben sie ein „falsches Bewusstsein“? Dies muss nicht der Fall sein. Denn was politisch als links (oder auch als Mitte) gilt, wird von der Position in der Ausländerfrage nur partiell bestimmt. Zwar werden kritische oder feindliche Aussagen über Ausländer in der Bevölkerung im Allgemeinen mit rechten Ansichten gleichgesetzt. Doch in der Frage der Links-Rechts-Einstufung zählen andere Dimensionen oft mehr: wie etwa die Einstellungen zur sozioökonomischen Ungleichheit oder zum Sozialismus (vgl. Reuband 2015a: 141). Welche Positionen man bei diesen Fragen einnimmt, dürfte – zusammen mit den Parteipräferenzen – am ehesten das Selbst- und Fremdbild auf dem Links-Rechts-Kontinuum prägen.

Gemessen an den Einstellungen zur sozialen Ungleichheit kann man die Selbsteinstufung der Befragten in der Tat nicht notwendigerweise als ein Akt der Selbsttäuschung werten: Wer sich auf der Skala „links“ einordnet, vertritt häufiger traditionell „linke“ Werte und Ansichten als diejenigen, die sich rechts einstufen⁴¹: er oder sie sieht eher den Sozialismus als eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt wurde, meint eher, dass

man starke Gewerkschaften braucht, sieht den Kapitalismus eher skeptisch und kritisiert häufiger die Unterschiede zwischen Arm und Reich. Linke Parteien genießen dementsprechend auch eine größere Wertschätzung: so vermag die Partei „Die Linke“ immerhin bei 55 % der Befragten mit linker Selbsteinstufung auf dem Parteien-Skalometer Sympathiewerte zwischen +1 und +5 auf sich vereinen. Unter denen, die sich politisch in der Mitte sehen, sind es lediglich 9 % und unter den „Rechten“ 1 % (Tabelle 2).

Tabelle 2: Sympathiewerte (+ 1 bis + 5) auf dem Parteienkalometer in Abhängigkeit von der Links-Rechts-Selbsteinstufung (Mehrfachnennungen in %)

	Selbsteinstufung			Insgesamt
	Links	Mitte	Rechts	
CDU	3	19	29	21
SPD	9	3	2	3
FDP	16	9	17	13
Bündnis 90/ Die Grünen	15	2	-	-
Die Linke	55	9	1	11
AfD	73	87	94	88
NPD	9	11	32	19
(N=)	(33)	(164)	(104)	(305)

Frageformulierung: „Wie bewerten Sie die nachfolgenden Parteien auf der Skala von -5 bis +5? -5 bedeutet, dass sie Ihnen sehr unsympathisch ist, +5 bedeutet, dass sie Ihnen sehr sympathisch ist. Mit den Werten dazwischen können Sie ihr Urteil abstufen. Bitte beurteilen Sie jede der Parteien“.

Ungeachtet der Affinitäten zur Partei „Die Linke“ gilt aber auch: die größte Sympathie wird der AfD entgegen gebracht. Unter den Befragten mit linker Selbsteinstufung genießt sie bei 73 % eine positive Bewertung, unter denen mit mittlerer Einstufung 87 % und denen mit rechter Einstufung 94 %. Die Unterschiede entlang des politischen Spektrums sind somit eher graduell als grundsätzlich. Die NPD vermag nirgends in größerem Umfang Sympathie für sich zu verbuchen. Selbst unter denen, die sich „rechts“ einordnen, sind es nicht mehr als 32 % (wobei die Sympathiewerte im unteren Bereich der Skala überwiegen). Lediglich unter denen, die sich besonders weit rechts auf der Skala positionieren, liegen die Gesamtwerte höher.

In Übereinstimmung mit den Sympathiewerten fallen die Parteipräferenzen aus (Tabelle 3). Gefragt, welche Partei sie wählen würden, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, avanciert einmal mehr die AfD

⁴⁰ So nimmt bei Patzelt (2016) der Anteil derer zu, die „sehr“ dem Statement zustimmen „Es sollte einfach überhaupt weniger Ausländer in Deutschland geben“. Zählt man diejenigen dazu, die „eher“ zustimmen, unterscheiden sich die Werte nur minimal.

⁴¹ Eine andere Frage ist, wie die Einstellungen im Vergleich zu denen sind, die nicht Pegida angehören. Durchaus denkbar wäre, dass hier die linken Einstellungen deutlich ausgeprägter sind.

zum Favoriten. Unter den „linken“ Pegida-Teilnehmern bei 66 %, unter den übrigen bei 83 %. Für die Gesamtheit der Befragten beläuft sich der Anteil auf 82 %. Für diejenigen, die sich anderen politischen Traditionen verbunden fühlen, ist die Wahl dieser Partei allerdings nicht immer ohne Probleme. Unter denen, die sich auf der Skala links einstufen – sie identifizieren sich auch etwas weniger mit Pegida als die übrigen –, ist der Anteil der Unentschiedenen bei der Wahlfrage am höchsten (mit 22 %, vs. 5 bis 7 % bei den anderen). Sie neigen auch etwas eher zur Wahlabstinenz. Beide Antworten machen psychologisch gesehen Sinn: Die Befragten befinden sich ideologisch in einer Art „Cross Pressure“-Situation zwischen ihrer ideologischen Affinität und ihren aktuellen Präferenzen und ziehen sich – wie es schon Paul F. Lazarsfeld in seinen Wahlstudien beschrieb – zurück: Sie sind sich unsicher, wen sie wählen sollen, oder entscheiden sich für Wahlabstinenz (vgl. Lazarsfeld et al. 1968 [1944], Berelson et al. 1954).

Tabelle 3: Wahlabsicht bei zukünftiger Bundestagswahl in Abhängigkeit von der Links-Rechts-Selbsteinstufung (in %)

	Selbsteinstufung			Insgesamt
	Links	Mitte	Rechts	
CDU	-	-	-	-
SPD	-	-	-	-
FDP	-	1	1	1
Bündnis 90/Grüne	-	-	-	-
Die Linke	3	1	-	1
AfD	66	84	82	82
NPD	-	-	4	1
Sonstige	-	2	1	2
Weiß noch nicht	22	7	5	8
Würde nicht wählen	6	2	2	3
Werde ungültig wählen	3	3	4	3
	100	100	100	100
(N=)	(32)	(165)	(167)	(304)

Frageformulierung: „Wenn am nächsten Sonntag die Bundestagswahl stattfände, welche Partei würden Sie wählen?“ [Offene Frage mit Ausnahme der letztgenannten drei Kategorien] Befragte mit Mehrfachnennungen sind unter „Sonstige“ mit gefasst, ansonsten gilt: Kombination mit AfD=AfD und Kombination mit NPD=NPD. Befragte ohne Angaben (= 2%) sind aus der Berechnung ausgelassen.

Aus welchen politischen Lagern rekrutieren sich die Pegida-Teilnehmer? Über die Wahltraditionen unserer Befragten wissen wir nichts. Wohl aber verfügen wir über Informationen zur Frage, ob und welche Partei sie bei der letzten Bundestagswahl 2013 gewählt haben. Anders als man es aufgrund ihrer Parteiverdrossenheit (vgl. u.a. Vorländer et al. 2015, Geiges et al. 2015) hätte erwarten können, zählen die Pegida-Anhänger nicht zu den Nichtwählern. Im Gegenteil: lediglich 9 % gaben an, sie hätten sich bei der letzten Bundestagswahl der Stimme enthalten, weitere 5 % vermochten sich nicht mehr an ihre letzte Wahlentscheidung zu erinnern (ob dies auch die Frage zum Wahlgang einschließt, muss offen bleiben). Nach der amtlichen Wahlstatistik lag die Wahlenthaltung in Sachsen bei der Bundestagswahl 2013 bei 30 % (Statistisches Bundesamt 2015: 289).

Gewiss muss man die Angaben der Befragten etwas relativieren – weniger aufgrund der Alters- oder Bildungszusammensetzung (die eine Wahlbeteiligung begünstigt) als aufgrund der Tatsache, dass die frühere Wahlbeteiligung in Umfragen aufgrund sozial erwünschter Antworttendenzen stets überschätzt wird (Hardmeier und Fontana 2006). Dies gilt selbst für schriftlich-anonyme Befragungen (Eilfort 1994), was als Hinweis für die Existenz von Selbsttäuschungstendenzen gewertet werden kann. Doch selbst wenn man eine Fehleinschätzung konzediert – dass sie so groß wäre, um in unserem Fall die Diskrepanz zwischen Angaben im Interview und der Realität zu erklären, halten wir für unwahrscheinlich. Was bedeutet: auch wenn sich die Pegida-Anhänger durch Partei- und Politikverdrossenheit auszeichnen, scheinen sie doch überproportional bereit, sich an den Wahlen zu beteiligen. Dies hatten im Übrigen auch schon einige der früheren Studien nahegelegt, wenn auch die Ausgangslage aufgrund der empirischen Basis nicht immer so eindeutig war (vgl. Reuband 2015a: 140).

Beschränkt man sich auf die Befragten, die bei der Bundestagswahl ihre Stimme abgaben, ergibt sich das folgende Bild: (Tabelle 4): Diejenigen, die sich im linken Spektrum verorten, entschieden sich zu 50 % für die Partei „Die Linke“, 21 % der Stimmen entfielen auf die CDU und 7 % auf die SPD. Ob sie die CDU wählten, weil sie Angela Merkel wertschätzten oder die Partei, muss dabei offen bleiben. Unter denen, die sich in der Mitte oder eher rechts einordnen, liegt der Anteil der CDU-Wähler erwartungsgemäß höher, der Anteil der SPD sinkt ab. Keinen herausgehobenen Stellenwert hatte damals (an-

ders als in der späteren Landtagswahl)⁴² die AfD. Sie vermochte unter den Linken nur einen Anteil von 11 % zu gewinnen, unter den Befragten in der Mitte der Skala 30 % und denen auf der rechten Seite von 26 %. Die NPD war allenfalls bei denen, die sich auf der Skala rechts positionierten, in der Lage, einen etwas größeren Anteil – von 13 % – für sich zu aktivieren. Alles in allem blieb sie jedoch auch hier von marginaler Bedeutung.

Tabelle 4: Wahlentscheidung bei der letzten Bundestagswahl (2013) in Abhängigkeit von der Links-Rechts-Selbsteinstufung (in %)

	Selbsteinstufung			Insgesamt
	Links	Mitte	Rechts	
CDU	21	42	46	41
SPD	7	5	1	4
FDP	-	6	7	6
Bündnis 90/ Grüne	7	2	1	2
Die Linke	50	11	1	12
AfD	11	30	26	27
NPD	-	3	13	6
Sonstige	4	1	5	3
	100	100	100	100
(N=)	(28)	(129)	(87)	(244)

Frageformulierung: „Welche Partei haben Sie bei der letzten Bundestagswahl (2013) gewählt?“ [Offene Frage mit Ausnahme der Kategorien für Nichtwahl/Ungültig wählen/weiß nicht mehr]

Nichtwähler und Befragte, die sich nicht mehr erinnern, ungültig wählten oder keine Angaben machten, sind aus der Berechnung ausgeschlossen.

Die Historie der Wahlentscheidungen, wie sie sich in diesen Befunden abbildet, entspricht der Historie der Parteipräferenzen, wie sie in den Befragungen der Pegida-Anhänger ermittelt wurden. Danach hatte die AfD in den Umfragen Anfang des Jahres 2015 zunächst keine so herausgehobene Bedeutung (Rucht et al. 2015: 20, Geiges et al. 2015, Patzelt 2016). Erst in den jüngsten Befragungen änderte sich dies, vermochte die AfD mehr als die Hälfte der Stimmen auf sich zu vereinen (dazu vgl. auch Patzelt 2016). Einen zunehmenden Rechtsruck muss diese Hinwendung zur AfD nicht zwangsläufig bedeuten: es handelt sich eher um eine zunehmende Übereinstimmung in grundlegenden Fragen, entstanden aus einer veränderten Positionierung der AfD.

⁴² Vgl. dazu die Angaben zum Wahlverhalten in der Landtagswahl Rucht et al. (2015: 20),

Seitdem sich von der AfD der moderate Flügel (in Form von ALFA) abgespalten hat – im Juli 2015 –, ist das Profil der AfD stärker als zuvor auf die Asyl- und Flüchtlingspolitik fokussiert, Fragen des Euro und der Griechenlandkrise haben an Bedeutung verloren. Das Profil ist geschärfter und findet sein Pendant im Themenprofil von Pegida. Hinzu kommt, dass die AfD Aussichten hat, sich als Partei in der Politik zu etablieren: sie ist Umfragen zufolge im Aufwind, und sie ist in einigen Landesparlamenten bereits vertreten. Die AfD muss unter diesen Umständen von den Pegida-Anhängern als eine Wahloption mit realistischen Chancen auf künftige parlamentarische Repräsentation und Einfluss wahrgenommen werden.

Die Überlegungen des Pegida-Gründers Lutz Bachmann, Pegida zu einer eigenen Partei zu machen – die dann ggf. mit der AfD koalitiert – erscheint angesichts dieser Konstellationen wenig realistisch. Dafür ist die AfD bereits zu sehr etabliert. Und dafür ist Pegida zu klein, und deren Ableger an anderen Orten (von denen sich Pegida z.T. abgrenzt) zu unbedeutend. Die AfD hat den Vorschlag so denn auch abgelehnt: Man habe inhaltliche Schnittmengen, aber man unterscheide sich „gravierend in Rhetorik und Handeln. Wenn Pegida eine eigene Partei gründet, ist diese unser politischer Gegner“ (DNN 2016b).

8. Schlussbemerkungen

Die Proteste von Pegida sind Bestandteil des Lebens in Dresden geworden. An jedem Montag kommen Tausende zusammen, um gegen den Islam, Zuwanderung und die Asylpolitik zu protestieren. Hinweise auf einen Niedergang der Bewegung durch schwindende Teilnehmerzahlen sind nicht erkennbar, aber auch kein Aufbruch mehr. Allenfalls bei einzelnen herausgehobenen Ereignissen – wie dem einjährigen Jubiläumstag – ist ein „Event-Charakter“ möglich, der große Menschenmassen vereint.

Die weitgehende Konstanz in der Teilnehmerzahl ist umso bemerkenswerter als die Asyl- und Flüchtlingsthematik in der Öffentlichkeit an Bedeutung gewonnen hat und die Unzufriedenheit gestiegen ist. Womöglich ist die fehlende Umsetzung in erhöhte Teilnehmerzahlen zum einen der lokalen Ausdifferenzierung des Protests geschuldet – er zeigt sich vor allem an Orten, in denen Flüchtlingsunterkünfte entstanden oder geplant sind. Zum anderen mag auch die relative Erfolglosigkeit von Pegida ihren Anteil daran haben – je weniger Pegida Kundgebungen bewirken, desto geringer die Motivation zur Teilnahme. Unter diesen Umständen haben die Treffen mehr

den Charakter der Selbstvergewisserung auf Seiten der Teilnehmer als die Funktion, Strategien der Veränderung zu entwickeln und zu implementieren.

Die Pegida-Teilnehmer sind älter geworden. Waren sie in der Aufbruchphase, als die höchsten Teilnehmerzahlen erreicht wurden, in den späten 40ern, sind sie inzwischen in den 50ern.⁴³ Womöglich schlagen sich darin Schwankungen in der Zusammensetzung nieder, wie sie von Treffen zu Treffen möglich sind. Vielleicht sind die Veränderungen auch nur vorübergehender Natur. Unter Umständen spiegelt sich darin aber auch ein allgemeineres Muster wider, dem soziale Bewegungen anheimfallen können: in der Phase des Aufbruchs, wenn der Protest große mediale und öffentliche Aufmerksamkeit auf sich zieht, finden auch die Jüngeren den Weg zum Protest. In dem Maße wie sich die Bewegung veralltäglicht und zur Routine wird, ohne dass neue Impulse erwachsen, bleiben vor allem diejenigen übrig, die zum Stammpublikum gehören. Dass es ein solches Stammpublikum bei Pegida gibt, daran besteht kein Zweifel. Inzwischen hat es mehr als 50 Kundgebungen gegeben. Die Zahl der Kundgebungen, die durchschnittlich von den Teilnehmern besucht wurden, liegt bei 26-mal.

Veralltäglichtung und Routinisierung sind geeignet, den Wiedererkennungswert zu erhöhen, aber auch Langeweile zu produzieren. Wenn es stimmt, dass die Reden auf den Pegida-Veranstaltungen radikaler geworden sind, so mag dies der Eigendynamik der Bewegung und den Reaktionen auf äußere Veränderungen geschuldet sein. Es mag aber auch – manifest oder latent (Merton 1968) – einem funktionalen Erfordernis entsprechen, um dem Geschehen einen Event-Charakter zu verleihen. Radikale Reden, oftmals von Gästen vorgetragen, setzen potentielle „Highlights“, welche einem nachlassendem Interesse entgegenwirken und zu erneuter Teilnahme motivieren könnten.

Die Möglichkeiten, für jede Kundgebung einen Event-Charakter auf der Ebene des Programmangebots, der Reden und der Redner zu schaffen, sind naturgemäß begrenzt. Umso mehr müssen andere Bin-

dungskräfte wirksam werden, um Pegida-Anhänger zur wiederholten Teilnahme zu motivieren. Umso mehr dürfte der soziale Charakter an Bedeutung gewinnen: die Bekräftigung bestehender kollektiver Gruppenbindung und die Gemeinsamkeiten des Protests. Je häufiger sich jemand zu den Kundgebungen begibt, desto größer die Chance, alte und neue Bekannte mit ähnlichen Ansichten zu treffen und sich mit ihnen auszutauschen. Wer an den kollektiv geteilten Aktionen teilnimmt – vom gemeinsamen Rufen (wie „Merkel muss weg“ oder „Lügenpresse“) bis hin zum gemeinsamen Singen der Nationalhymne am Schluss der Veranstaltung –, bekräftigt im Ritual soziale und kollektive Identität.⁴⁴

Die Teilnahme an der Kundgebung schafft den Teilnehmern die Möglichkeit, ihre Unzufriedenheit kundzutun und bietet ihnen zugleich das Gefühl, damit nicht allein zu stehen. Inwieweit sie damit eine Erfolgsaussicht verbinden, ist eine andere Frage. Dass sie mehrheitlich meinen, die Pegida-Kundgebungen würden in Deutschland eher etwas zum Besseren ändern (und nicht etwa Deutschland schaden oder nichts bewirken)⁴⁵, ist ein Zeichen dafür, dass sie an Erfolge glauben – ob auf der Ebene der Einwirkungen auf die Bürger, die Politik oder in anderer Form, ist eine andere Frage. Auch ist die Mehrheit der Pegida-Teilnehmer der Meinung, dass Lutz Bachmann und sein Organisationsteam „gute Arbeit leistet und Pegida politisch voranbringt“ (Patzelt 2016). Der Zustimmungswert ist allerdings leicht rückläufig. Was bedeutet, dass die Frage politischer Wirksamkeit und Einflussnahme in der Zukunft zu einem Thema werden könnte, mit Rückwirkungen auch auf das Engagement der Pegida-Anhänger.⁴⁶

⁴³ Ob sie eher Mitte 50 (Finkbeiner et al. 2016a, unsere Zusatzerhebung) oder Ende 50 Jahre alt sind (unsere Erhebungen), ist eine offene Frage. Auch ist im Einzelnen unbekannt, ob und in welchem Ausmaß Effekte des Befragungsmodus – face-to-face vs. schriftlich-postalisch – die Unterschiede zwischen der Vorländer-Untersuchung (Vorländer et al. 2015b) und den späteren Erhebungen mit anderem Befragungsmodus verstärkt haben könnten. Alles in allem besteht (auch bei Berücksichtigung der Patzelt-Untersuchung, die den Wandel nur begrenzt abbilden kann) kein Zweifel, dass sich der Altersdurchschnitt der Teilnehmer nach oben hin verschoben hat.

⁴⁴ Zur Bedeutung von Ritualen für die Bildung eines kollektiven Bewusstseins siehe bereits Durkheim (1981/zu erst 1912). Der soziale „Mehrwert“ wiederholter Teilnahme mag womöglich auch noch andere Aspekte umfassen. So mag sich für manchen Teilnehmer ein Gefühl kollektiver Einbindung wieder einstellen, wie es einst zu DDR-Zeiten – im Betrieb, in der Hausgemeinschaft oder bei anderen Gelegenheiten – bestand und geschätzt wurde (und im Gefolge der Wende zerbrach). Für manche Rentner mag die Teilnahme überdies eine subjektiv befriedigende Ersatzbeschäftigung bedeuten (was in beiden Fällen eine politische dezidierte Orientierung in Fragen der Asylpolitik und Pegida nicht ausschließt!).

⁴⁵ 75 % glauben in unserer Untersuchung, dass die „Pegida-Kundgebungen“ etwas zum Besseren ändern und 24 %, dass sich nichts ändert. An einen Schaden glaubt lediglich 1 %. Bei Patzelt sind es sogar 86 %, die meinen, dass die „Pegida-Demonstrationen“ in Deutschland etwas zum Besseren ändern. Der Wert ist über die Zeit hinweg weitgehend stabil (vgl. Patzelt 2016).

⁴⁶ Zu Konflikten innerhalb des Teams, insbesondere zwischen Lutz Bachmann und Tatjana Festerling in der Frage von Strategie und Rhetorik, siehe Wolf (2016).

Für die Mehrheit der Befragten gilt, dass sie sich politisch in ihrem Selbstverständnis nicht rechts, sondern in der Mitte positioniert. Gewiss könnte man argumentieren, dass die „Rechten“ in den Pegida-Umfragen unterrepräsentiert seien. Ob dies allerdings in dem starken Maße der Fall ist, um dies Bild nachhaltig zu beeinträchtigen, ist unwahrscheinlich. Von einer Verschiebung in der Selbstpositionierung auf dem Links-Rechts-Kontinuum kann im Lauf der Pegida-Protestwelle nicht die Rede sein. Profitiert von der Abkehr von den etablierten Parteien hat unter den Pegida-Anhängern die AfD, nicht die NPD. Gemessen an der politischen Selbsteinstufung und den Parteipräferenzen ist die Mehrheit der Teilnehmer konservativ bis rechtspopulistisch, aber nicht rechtsextremistisch.

Literaturverzeichnis

- Barnes, S.H./Kaase, M. et al. (1979): *Political Action*. Beverly Hills/London.
- Berelson, B./Lazarsfeld, P.F./McPhee, W. (1954): *Voting: A Study of Opinion Formation During a Presidential Campaign*. Chicago/London.
- Brauerhoch, F.O. (2004): Theater, Publikum und Image – eine Studie über die „Theaterlandschaft“ in Frankfurt am Main. In: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hg.): *Jahrbuch für Kulturpolitik 2004*. Bonn. S. 141-151.
- Daphi, P./Rucht, D./Stuppert, W./Teune, S./Ullrich, P. (2014): *Occupy Frieden. Eine Befragung der Teilnehmer/innen der „Mahnwachen für den Frieden“*. Ipb Working Papers. Berlin.
- DNN (2016a): Pegidisten bleiben Minderheit. In: *Dresdner Neuste Nachrichten*, 18.02.2016, S. 11.
- DNN (2016b): AfD lehnt Kooperation mit Pegida ab. In: *Dresdner Neuste Nachrichten*, 02.03.2015, S. 4.
- Durchgezählt (2015a): *Durchgezählt. Klickern, Zählen, Schätzen*, unter: <http://durchgezählt.org> [Stand: 29.02.2016].
- Durchgezählt (2015b): *Analyse der Teilnehmerzahlen zu Pegida und Gepida am 14.12.15*, unter: <http://durchgehangelt/2015/12/19/analyse-der-teilnehmerzahlen-zu-pegida-und-gepida-am-14-12-15-in-dresden/> [Stand: 29.02.2016].
- Durkheim, E. (1982 [1912]): *Elementare Formen des religiösen Lebens*. Frankfurt a. M.
- Eilfort, M. (1994): *Die Nichtwähler. Wahlenthaltung als Form des Wahlverhaltens*. Paderborn/München/Wien/Zürich.
- Fehser, S. (2016): *Eine gespaltene Stadt. Repräsentative Studie der TU Dresden zu Einstellungen in Dresden zum Thema Asyl*. Institut für Soziologie, unter: <https://tu-dresden.de/aktuelles/news/Downloads/asyl-studie-dresden> [Stand: 07.03.2016].
- Finkbeiner, F./Schneke, J./Trittel, K./Schmitz, C./Marg, S. (2016a): *Pegida: Aktuelle Forschungsergebnisse*, unter: www.demokratie-goettingen.de/blog/pegida-2016-studie [Stand: 29.02.2016].
- Finkbeiner, F./Keune, H./Schenk, J./Geiges, L./Marg, S. (2016b): *Stop-TTIP-Proteste in Deutschland*. Institut für Demokratieforschung (Forschungsbericht), Göttingen, vom 01/2016, unter: www.demokratie-goettingen.de/content/uploads/2016/01/Bericht_TTIP_2016-01-28_web.pdf [Stand: 07.03.2016].
- Focus Online (2015): *Pegida sagt Demo ab*, 28.01.2015, unter: www.focus.de/politik/deutschland/dresden-pegida-sagt-demonstration-am-kommenden-montag-ab_id_4437299.html [Stand: 08.03.2016].
- Forschungsgruppe Wahlen (2016): *Politbarometer Februar 2016*, 19.02.2016, unter: www.forschungsgruppe.de/Aktuelles/Politbarometer/ [Stand: 29.02.2016].
- Freie Presse (2015): *Wie radikal ist Pirincci?* In: *Freie Presse*, 21.10.2015
- Fuchs, D./Klingemann, H.D. (1989): *The Left-Right Schema*. In: Jennings, M.K. et al. (Hg.) *Continuities in Political Action*. Berlin/New York. S.203-234.
- Geiges, L./Marg, S./Walter, F. (2015): *PEGIDA. Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft*. Bielefeld.
- Hardmeier, S./Fontana, M. C. (2006): *Overreporting: Ein vernachlässigtes Problem und die Schwierigkeit von Gegenmaßnahmen*. In: *ZUMA-Nachrichten*, 58, S. 50-80.
- Hornig, E./Baumann, J. (2013): *Politik und Wirtschaft im Zeichen des Bürgerprotestes. Das Beispiel des Frankfurter Flughafens* (Stiftung Marktwirtschaft. Argumente zu Marktwirtschaft und Politik. Nr. 120). Berlin.
- Huckfeldt, R./Johnson, P.E./Sprague, J. (2004): *Political Disagreement. The Survival of Diverse Opinions within Communication Networks*. Cambridge.
- Hübler, A. (2015): *Pegida – ein Aufstand von rechts*. In: Heinrich Böll Stiftung, 16.01.2015, unter: www.boell.de/de/2015/01/16/pegida-ein-aufstand-von-rechts [Stand: 29.02.2016].
- Hüfken, V. (1998): *Ist eine repräsentative Besucherumfrage in einer öffentlichen Einrichtung möglich? Eine empirische Studie der Kölner Stadtbibliothek*. In: *Planung & Analyse*, 5, S. 24-29.

- Infratest Dimap (2016): ARD-Deutschland Trend. Februar 2016, Berlin, unter: www.infratest-dimap.de/fileadmin/user_upload/dt1602_bericht.pdf [Stand:07.03.2016].
- Lazarsfeld, P.F./Berelson, B./Gaudet, H. (1968 [1944]): *The People's Choice. How the Voter Makes Up his Mind in a Presidential Campaign.* New York/London.
- Jacobsen, L. (2015): Zündeln reicht ihnen nicht mehr. In: ZEIT Online, 13.10.2015, unter: www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2015-10/pegida-galgen-gabriel-merkel-kommentar [Stand: 07.03.2016].
- Kalitz, S. (2015): Außer Thesen nichts gewesen? In: Der Freitag, Nr. 2115, 01.07.2015, unter: www.freitag.de/autoren/der-freitag/ausser-thesen-nichts-gewesen [Stand: 29.02.2016].
- Lucke, v.A. (2015): Terror und Pegida: Gebt uns ein Feindbild!, In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 2, S. 5-8.
- Lüdemann, C. (2001): Politische Partizipation, Anreize und Ressourcen. Ein Test verschiedener Handlungsmodelle und Anschlusstheorien am ALLBUS 1998. In: Koch, A./Wasmer, M./Schmidt, P. (Hg.): *Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland.* Opladen. S. 43-73.
- Maron, M. (2015): Pegida ist keine Krankheit, Pegida ist das Symptom. In: Die Welt, 04.01.2015, unter: www.welt.de/debatte/kommentare/article135973630/Pegida-ist-keine-Krankheit-Pegida-ist-das-Symptom.html [Stand: 29.02.2016].
- Merton, R.K. (1968 [1949]): *Social theory and social structure.* New York.
- Nachtwey, O. (2015): Rechte Wutbürger. Pegida oder das autoritäre Syndrom. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 3, S.81-90.
- Neundorf, A. (2011): Die Links-Rechts-Dimension auf dem Prüfstand: Ideologisches Wählen in Ost- und Westdeutschland 1990-2008. In: *Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft*, 45, S. 233-256.
- Niggemeier, S. (2015): Eine Geschichte von Fehlern, Exzessen und Scheinheiligkeit. In: FAZ 02.11.2015, unter: www.faz.net/aktuell/feuilleton/katzen-des-boesen-akif-pirincci-und-die-medien-13886415.html [Stand: 29.02.2016].
- Patzelt, W. J. (2015a): (In Zusammenarbeit mit P. Buchallik, S. Scharf und C. Pleul). Was und wie denken PEGIDA Demonstranten? Analyse der PEGIDA-Demonstranten am 25. Januar 2015, unter: http://tu-dresden.de/die_tu_dresden/fakultaeten/philosophische_fakultaet/ifpw/polsys/for/pegida/patzelt-analyse-pegida-2015.pdf [Stand: 29.02.2016].
- Patzelt, W. J. (2015b): (In Zusammenarbeit mit C. Eichardt). Drei Monate nach dem Knall: Was wurde aus Pegida?, unter: https://tu-dresden.de/die_tu_dresden/fakultaeten/philosophische_fakultaet/ifpw/polsys/for/pegida/patzelt-praesentation_pk_pegida-februar-2016.pdf [Stand: 29.02.2016].
- Patzelt, W. J. (2016): Rassisten, Extremisten, Vulgärdemokraten! Hat sich PEGIDA radikalisiert?, unter: https://tu-dresden.de/die_tu_dresden/fakultaeten/philosophische_fakultaet/ifpw/polsys/for/pegida/patzelt-praesentation_pk_pegida-februar-2016.pdf [Stand: 29.02.2016].
- Patzelt, W. J./Klose, J. (Hg.) PEGIDA. Warnsignale aus Dresden. Dresden (im Druck)
- Pravemann, S./Poppe, S. (2015): LEGIDA gezählt. In: *Soziologie*, 44, 2, S. 153-161.
- Rheinische Post Online (2015): Maas: Pegida mitschuldig an Anschlägen, 17.10.2015, unter: www.rp-online.de/politik/maas-pegida-mitschuldig-an-anschlaegen-aid-1.5476918 [Stand: 29.02.2015].
- Reuband, K. H. (1971): Die Bedeutung der Primärumwelten für das Wahlverhalten. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 23, S. 544-567.
- Reuband, K.H. (2014): Schriftlich-postalische Befragungen. In: Baur, N./Blasius, J. (Hg.): *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung.* Wiesbaden. S.643-660.
- Reuband, K.H. (2015a): Wer demonstriert in Dresden für Pegida? Ergebnisse empirischer Studien, methodische Grundlagen und offene Fragen, In: MIP 21, S. 133-143.
- Reuband, K.H. (2015b): Ausschöpfung und Nonresponse Bias in postalischen Befragungen. Der Stellenwert von Incentives, Fragebogenlänge und Anonymität der Fragenadministration, In: Schupp, J./Wolf, C. (Hg.): *Nonresponse Bias: Qualitätssicherung sozialwissenschaftlicher Umfragen.* Wiesbaden. S. 203-245.
- Reuband, K.H. (2016): Wie ausländerfeindlich sind die Dresdner? Düsseldorf, Institut für Sozialwissenschaften (unveröffentlicht).
- Rottinghaus, B. (2015): *Ideologische Konzeptualisierung und politische Partizipation.* Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf (Dissertation).
- Rucht, D. et al. (2015): Protestforschung am Limit. Eine soziologische Annäherung an Pegida, unter: www.wzb.eu/de/pressemitteilung/untersuchung-zur-dresdner-pegida-demonstration [Stand: 29.02.2016].

- Rüdiger, W. (2010): Assessing nonresponse bias in activist surveys. In: *Quality & Quantity*, 44, 1, S. 173-180.
- Schneider, P. (2015): Pegida. Eine ratlose Bewegung weißer Männer. In: *Die Welt*, 03.01.2015, unter: www.welt.de/politik/deutschland/article135959876/Pegida-eine-ratlose-Bewegung-weisser-Maenner.html [Stand: 29.02.2016]
- Snijkers, G./Hox, J./Leeuw, E.D. (1999): Interviewers' tactics for fighting survey nonresponse. In: *Journal of Official Statistics*, 15, S. 185-198.
- Spiegel Online (2015): Danke, Pegida, das war's!, 10.02.2015, www.spiegel.de/politik/deutschland/pegida-das-ende-der-bewegung-kommentar-a-1017581.html [Stand: 08.03.2016].
- Spiegel Online (2015): Eklat bei Pegida-Demo: „Die KZs sind ja leider derzeit außer Betrieb“, 20.10.2015, unter: www.spiegel.de/politik/deutschland/akif-pirincci-rede-bei-pegida-in-dresden-abgebrochen-a-1058589.html [Stand: 29.02.2016].
- Statistisches Landesamt Sachsen (2015): *Statistisches Jahrbuch 2014*. Kamenz.
- Statistisches Bundesamt (2015): *Statistisches Jahrbuch 2014*. Stuttgart.
- Stern Online (2015): 89 Prozent der Dresdner lehnen Pegida ab, 11.02.2015, unter: www.stern.de/politik/deutschland/stern-interview-mit-forsa-chef-guellner--89-prozent-der-dresdner-lehnen-pegida-ab--3968964.html [Stand: 07.03.2016].
- Vobruba, G. (2015): Editorial. In: *Soziologie*, 44, 2015, 2, S. 137-138.
- Vorländer, H./Herold, M./Schäller, S. (2015): Wer geht zu PEGIDA und warum? Eine empirische Umfrage unter PEGIDA-Demonstranten in Dresden. Dresden, unter: http://tu-dresden.de/die_tu_dresden/fakultaeten/philosophische_fakultaet/ifpw/poltheo/news/studie_vorlaender_herold_schaeller/ [Stand: 29.02.2016].
- Vorländer, H./Herold, M./Schäller, S. (2016): *PEGIDA. Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung*. Wiesbaden.
- Walgrave, S./Verhulst, J. (2011): Selection and Response Bias in Protest Surveys. In: *Mobilization. An International Journal*, 16, 2, S. 203-222.
- Walgrave, S./Wouters, R./Ketelaars, P. (2016): Response problems in the protest survey design: evidence from fifty-one protest events in seven countries. In: *Mobilization. An International Journal*, 21, 1, S. 83-104.
- Wolf, U. (2016): Sinneswandel. In: *Sächsische Zeitung*, 02.03.2016, S. 3.
- YouGov (2016): German attitudes to immigration harden following Cologne attacks, 8-11.01.2016, unter: <https://yougov.co.uk/news/2016/01/12/german-s-attitudes-immigration-harden-following-col/> [Stand: 29.02.2016].
- Zuckerman, A. S. (Hg.) (2005): *The Social Logic of Politics. Personal Networks as Contexts for Political Behavior*. Philadelphia.